

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Altringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 7. Mai 1931

Soc. Geschiedenis
-Amsterdam
Braunskommission und Gewerkschaften.

SPD. Seit langem ist vom Arbeitsvolk kein Frühling mit solcher Sehnsucht erwartet und das Aufatmen der Natur so mitaufatmend begrüsst worden wie in diesem Jahr, nach diesem Winter des Missvergnügens. Trotzdem steckt in den Massen das dumpfe Gefühl, dass das wenige an Frühlingsfreude allem Anschein nach nur eine Galgen- und Gnadenfrist ist, der ein noch viel schlimmerer Winter, ein Winter des Zusammenbruchs folgt, weil sich auf dem Arbeitsmarkt kein Frühling zeigen will, weil sich die Erstarrung der Wirtschaft nicht löst. Was soll werden? Ueberall hört man diese bange Frage. Was soll im kommenden Winter werden, wenn nicht die - vielleicht letzte - Chance zur belebung der Wirtschaft ausgenutzt wird, die uns in den nächsten Monaten noch zur Verfügung steht? Treiben die Dinge so weiter - was dann? Ueberall hört man nur sehr pessimistisch klingende Antworten auf diese Frage.

Wie ein Verzweifelter stemmt sich vor allem die Elite der Massen, die organisierte Arbeiterschaft, gegen die Vorstellung, dass Deutschland noch einmal - diesmal wirtschaftlich - in eine Katastrophe hineinschliddern soll wie 1918. Die Arbeiter wollen sich nicht noch einmal in den Abgrund stossen lassen; denn sie wissen Bescheid. Sie erkennen nur zu gut, dass bei einem Zusammenbruch sie wieder in erster Linie die Leidtragenden sind. Und eben deshalb lechzen alle gesund und positiv eingestellten Elemente in den Massen förmlich nach einer befreienden Tat auf dem Arbeitsmarkt. Wo bleibt diese Tat?

Die Gewerkschaften, die die Stimmung der Massen sehr genau kennen, können nur mit Bitterkeit feststellen, dass Tag für Tag und Woche für Woche vergeht, ohne dass endlich einmal ein Sturmangriff gegen den allgemeinen Feind, gegen die Arbeitslosigkeit, unternommen wird. Sie sehen wohl, dass die Regierung nicht müssig ist, sie sehen aber auch, dass die bisherigen Anstrengungen zu schleppend erfolgen und nicht genügend Energie verraten. Dem hungernden Volk zuliebe waren und sind die organisierten Arbeiter zu schwersten Opfern bereit. Sie haben den Lohnabbau hingenommen, nachdem die Regierung die Sanierungsvorschläge der Gewerkschaften zurückgewiesen hatte und andere angeblich bessere Sanierungswege beschritt. Die Gewerkschaften waren sich darüber im klaren, dass neue Erschütterungen durch schwere Arbeitskämpfe dem kranken Arbeitsmarkt leicht den Rest geben konnten. Sie wollten, dass die Regierung so rasch wie möglich erkenne, dass ihre angeblich bessere Sanierungspolitik eine Einseitigkeit und eine Halbheit darstellt und schlimmer ist als ein ganzer Irrtum. Die Probezeit ist jetzt abgelaufen, die Zeit der Experimente ist vorüber. Auch die Regierung weiss, dass nicht mehr viel Zeit zu verlieren ist. Die Braunskommission sollte deshalb einen Sturmangriff gegen die Arbeitslosigkeit vorbereiten.

Diese Vorbereitung - das muss offen ausgesprochen werden - kann die Gewerkschaften unmöglich beruhigen. Schon das erste Teilgutachten der Braunskommission war eine Enttäuschung. Nicht als ob die Kommission in der Arbeitszeitfrage einen ganz falschen Weg vorgeschlagen hätte - nein: sie hat das

Richtige erkannt, aber sie blieb in Halbheiten stecken. Ihr Arbeitszeitverkürzungsprogramm lautet: Wasch mir den Pelz und mach ihn nicht nass! Das zweite Teilgutachten ist wieder eine Enttäuschung. Nicht als ob die Braunskommission einen falschen Weg eingeschlagen hätte - nein: ihr Vorschlag, durch produktive Arbeitsbeschaffung eine Ankurbelung der Wirtschaft zu versuchen, ist ja ein Vorschlag, der längst von den Gewerkschaften gemacht worden ist. Aber eben deswegen kann man bei den Gewerkschaften das zweite Teilgutachten nur mit einem Gefühl der Bitterkeit hinnehmen. Denn: wozu das nun alles? Produktive Arbeitsbeschaffung zur Ankurbelung der Wirtschaft, mit Hilfe von Auslandsgeld - ja zum Teufel, so klug war man doch schon vor Jahr und Tag. So lange die Gewerkschaften das forderten, spie die Unternehmerpresse Gift und Gallé. Auf einmal hat dieselbe Unternehmerpresse nichts mehr dagegen einzuwenden. Weil die Arbeitgeber anscheinend mit ihrem Latein am Ende sind, kommen sie der Öffentlichkeit mit dem Trick, einfach das zweite Teilgutachten der Braunskommission förmlich als ein von ihnen längst angepriesenes Rezept aus zudeuten. Wir wollen sie jedoch in ihrem Vergnügen nicht stören. Wesentlich ist für uns dagegen die Tatsache, dass auch in der Frage der Ankurbelung der Wirtschaft trotz der Mahnungen und Vorschläge der Gewerkschaften nur kostbare Zeit vergeudet wurde, weil man einfach nicht den von ihnen vorgeschlagenen Weg gehen wollte, statt dessen die Nazis grosszüchtete und die Herbeischaffung von Auslandskapital fast unmöglich machte.

Wird man nun bei dem dritten Teilgutachten, das zur Zeit in Vorbereitung ist, eine dritte Enttäuschung erleben müssen? Wir fürchten: ja. Schon die ganze Art, wie die Gutachterkommission bei ihrer Aussprache mit den Gewerkschafter über die geplante Neuregelung der Unterstützung umgesprungen ist, lässt nichts Gutes ahnen. Geladen waren zur Besprechung alle Gewerkschaftsrichtungen. Die Besprechung dauerte knapp zwei Stunden. Der Hinweis der Vertreter der freien Gewerkschaften, dass man doch unmöglich die Unterstützungsfrage ohne jeden Zusammenhang mit den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Problemen, die im zweiten Gutachten behandelt wurden, erörtern könne, wurde von der Kommission nicht beachtet. Die Fragen der Arbeitszeit und der Arbeitsbeschaffung konnten also nicht einmal gestreift werden, weil die - Zeit zu kurz war. Jetzt, hinterher lassen die massgebenden Stellen durchblicken, dass ja nicht diese einzige Besprechung ins Auge gefasst worden sei.

Wir müssen gestehen, dass uns das alles recht wenig erfreulich erscheint. Nach den bisherigen Leistungen der Braunskommission zu schliessen, hätte ihr eine rechtzeitige Fühlungnahme mit den Gewerkschaften wahrhaftig nichts geschadet. Wenn man schon Hinz und Kunz hörte - schliesslich hat doch nicht die Geschäftsstelle sämtliche eingegangenen Vorschläge zur Arbeitslosenfrage gleich in den Papierkorb wandern lassen - dann konnte man sich wohl auch rechtzeitig mit den Gewerkschaften besprechen, sowohl in der Arbeitszeitfrage wie in der Frage der Arbeitsbeschaffung und nicht nur in der Unterstützungsfrage so zwischen Tür und Angel.

Dass die Gewerkschaften aus der Besprechung mit der Braunskommission sehr unbefriedigt weggegangen sind, braucht man nicht noch besonders zu betonen. Allein anschein nach ist man aber in der Kommission selbst vom Verlauf der Arbeiten sehr wenig befriedigt. Es knistert im Gefüge der Kommission. Ihre Mitglieder zusammenzuhalten, muss ein sehr schweres Stück Arbeit sein.

SPD. Köln, 7. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Stadtverwaltung hat dem Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung eine Nachforderung für die Köln-Mülheimer Brücke in Höhe von 5 3/4 Millionen Mark unterbreitet. Davon entfallen allein 3,8 Millionen Mark auf Bauzinsen, die angeblich in der ursprünglichen Kostenaufstellung nicht einbezogen waren. An Ausgaben bei der Einweihungsfeier der Brücke, wie Feuer-

werk, Musik, Festessen, Photos, Tribünenbauten usw. werden rund 700 000 Mark angefordert.

Die Nachforderung, die durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangte, ist insofern besonders peinlich, als an 4 Familien, deren Ernährer bei dem Brückenbau tödlich verunglückten, insgesamt nur 1600 Mark, also für eine Familie 400 Mark Unterstützung und Abfindung gezahlt worden sind. Und das in dem christlichen Köln! Die Stadtverwaltung hat alle repräsentativen Ausgaben seinerzeit ohne jede Sanktion durch die Stadtverordneten veranlasst. Infolgedessen wurde in der Finanzausschusssitzung eine Untersuchungskommission eingesetzt, die die Dinge nachprüfen soll. In der gleichen Sitzung wurde ferner beantragt, die Unterstützung für die Familien der 4 verunglückten Arbeiter um je 1000 Mark zu erhöhen.

SPD. Das Reichsfinanzministerium teilt mit, dass sich für das Steuerjahr 1930/31 im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 988,6 Millionen Mark ergibt, Im ausserordentlichen Etat wird der Fehlbetrag auf 261 Millionen angegeben, so dass sich das Gesamtdefizit auf über 1250 Millionen beläuft. Die schwebende Schuld war bis Ende des Steuerjahrs (31. März 1931) auf 1709,5 Millionen angewachsen.

SPD. Paris, 7. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Donnerstag auf den Antrag des Auswärtigen Ausschusses einstimmig beschlossen, eine Glückwunsch- und Sympathieadresse an die neue spanische Regierung zu senden. Im Namen der Regierung hat sich der Justizminister der Kundgebung angeschlossen.

SPD. Bückeberg, 7. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Ergebnis der Gemeindewahlen in Schaumburg-Lippe liegt erst jetzt endgültig vor. Danach hat die Sozialdemokratie im Landkreis Bückeberg in 13 Gemeinden die absolute Mehrheit. In 3 Gemeinden besitzen Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit. In den übrigen 11 Gemeinden sind knappe bürgerliche Mehrheiten vorhanden. Im Landkreis Stadthagen errang die Sozialdemokratie in 7 Gemeinden die Mehrheit. In weiteren 7 Gemeinden konnten die bürgerlichen Parteien ihre Mehrheit knapp behaupten.

Die Sozialdemokratie kann mit dem Ausgang der Gemeindewahlen schon deshalb zufrieden sein, als sie in einer ganzen Reihe von Gemeinden zum erstenmal die Mehrheit erlangte.

SPD. Paris, 7. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Interpellationsdebatte über die deutsch-österreichische Zollunion wurde am Donnerstag-Nachmittag in der Kammer mit einer Rede des radikalen Abgeordneten Nogaro eingeleitet. Das Haus war ziemlich schwach besetzt. Die Regierung war u. a. durch Laval, Briand und Marineminister Dumont vertreten.

Nogaro erklärte, dass das zwischen Deutschland und Österreich beabsichtigte Zollbündnis unbestreitbar das Vorspiel zu einem ernststen politischen Ereignis sei, das mit seinen Folgen dem Frieden nicht günstig sein könne. Das Abkommen sei nicht, wie Deutschland und Österreich behaupteten, zu dem Zweck abgeschlossen worden, die wirtschaftliche Notlage Österreichs zu lindern. Österreich habe hinreichende Unterstützung erhalten, es habe die grössten Schwierigkeiten überwunden und habe jetzt weniger zu klagen als die übrigen Nachfol-

gestaaten der österreich-ungarischen Monarchie. Im übrigen müsse Österreich seine Absatzmärkte nicht nach der Seite Deutschlands erweitern, sondern nach den östlichen Staaten, mit denen es eine aktivere Handelsbilanz habe. Es sei auch sehr zweifelhaft, ob die österreichische Landwirtschaft Vorteile aus dem Abkommen ziehen werde. Vom Standpunkt der österreichischen Landwirtschaft aus sei die Zollunion mit Deutschland nicht zu verteidigen. Das Abkommen solle zwar allen anderen Staaten zum Beitritt offen stehen, aber Deutschland werde sich sicherlich nicht damit einverstanden erklären, dass sich die Agrarstaaten Osteuropas anschliessen. Es sei auch unmöglich, dass Frankreich dem Abkommen beitrete, wenn es nicht den Ruin mehrerer seiner Industrien auf sich nehmen wolle. Das Zollbündnis zwischen Deutschland und Österreich könne also nicht als Einleitung zu einer europäischen Union angesehen werden. Es laufe vielmehr auf die Bildung eines protektionistischen Staatenblocks hinaus, der anderen protektionistischen Staatenblocks entgegengesetzt werden solle. Das europäische Problem könne nur durch eine gemeinsame Aktion möglichst aller Staaten gelöst werden.

Der nächste Interpellant, der Linksrepublikaner Fougère führte aus, dass das deutsch-österreichische Abkommen zugleich eine Verletzung des Friedensvertrages und des Völkerbündnisses darstelle. Hoffentlich werde Briand mit einem energischen Nein die Rückgängigmachung des Abkommens verlangen. Die allmähliche Annäherung der Völker dürfe nicht durch derartige gefährliche Initiativen, wie sie die Zollunion darstelle, verhindert werden. Andererseits dürfte die Organisation Europas auch nicht zur Folge haben, dass sich die übrige Welt gegen Europa auflehne. Die Regierung müsse der Kammer genau auseinandersetzen, welche Massnahmen sie gegen die Durchführung des deutsch-österreichischen Planes zu ergreifen gedenke.

Nach einer kurzen Pause erhielt der radikale Abg. Mardaine das Wort, der die Regierung über ihre Aussenpolitik und über die Vorteile, die Deutschland zum Nachteil Frankreichs aus ihr habe ziehen können, interpellierte.

SPD. Im Roggenuntersuchungsausschuss des Reichstags sollte am Mittwoch die Frage geklärt werden, ob die staatliche Stützungsstelle bei dem Verkauf von Eosinroggen einzelne Händlergruppen bevorzugt hat. Besonders vom Provinzhandel wurde Klage geführt, dass fast ausschliesslich Berliner Firmen mit dem Vertrieb des Eosinroggens beauftragt wurden, während die den Absatz des Futtergetreides schon lange Jahre betreibenden Händler in Bremen und Hamburg ausgeschaltet worden seien.

Im Verlauf der Beratungen mussten die Sachverständigen der Hamburger Handelskammer zugeben, dass der Provinzhandel keine sehr grossen Mengen auf einmal kaufen konnte. Da aber die Stützungsstelle, um nicht in Schwierigkeiten zu kommen, grosse Mengen absetzen musste, wurde an Berliner Firmen, die sich bereit erklärten, das ganze Quantum abzunehmen, Roggen verkauft. Dies ist aber erst geschehen, nachdem man versucht hatte, den Provinzhandel heranzuziehen. Ihm ist dasselbe Quantum zu den gleichen Bedingungen angeboten worden. Die Provinzhändler konnten sich aber nicht zu dem Kauf entschliessen. Sie verlangten u. a. einen Preisabschlag von 5 Mark. Auch der Sachverständige der landwirtschaftlichen Genossenschaften erklärte, dass die Genossenschaften tatsächlich nicht so grosse Mengen Roggen aufnehmen konnten.

Immer mehr verdichtet sich der Eindruck, dass es einem Teil der Ausschussmitglieder nicht mehr um die Klärung von Tatsachen, sondern um die Kolportage von unerheblichen Skandalgeschichten geht. Man will die öffentliche Wirtschaft anprängern. Die Kampfstellung gegen die öffentliche Wirtschaft wurde insbesondere offenbar, als ein Direktor der Preussenkasse forderte, dass leichtfertig aufgestellte Behauptungen nach Feststellung des Gegenteils widerrufen werden sollen. Ueber diese selbstverständliche Forderung regten sich Deutschnationale, Wirtschaftsparteiler und Kommunisten im trauten Verein sehr auf.

SPD. München, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Deutsche Museum hatte 1930/31 das schwierigste Geschäftsjahr seit seiner Gründung vor 28 Jahren zu überstehen. Nicht einmal in der Kriegszeit war die Not derart gross. Heute stellt dem Museum fast niemand mehr flüssige Geldmittel zur Verfügung. Viele Mitglieder haben ihren Austritt erklärt mit der Begründung, dass sie nicht mehr in der Lage seien, die Pflichtbeiträge (200 Mark pro Jahr) zu zahlen. Durch eine besondere Werbeaktion gelang es allerdings, die Zahl der Mitglieder um rund 400 auf 4 900 zu steigern.

Die Bilanz des reinen Museumsbetriebes ist mit 1,4 Millionen ausgeglichen. Die Hauptposten der Einnahmen bestehen wieder aus den jährlichen Zuschüssen des Reichs, Bayerns, der Münchener Stadtverwaltung und aus den Eintrittsgeldern in Höhe von 266 000 Mark. Der grösste Posten der Ausgaben ist das Personalkonto mit 661 000 Mark. Erfreulich ist die Feststellung des Geschäftsberichtes, dass sich die Rekordbesucherzahl des vorigen Jahres um rund 50 000 auf 671 708 erhöhte. Die Steigerung, die im wesentlichen auf die Verbilligung des Eintrittes für Arbeiter, Angestellte und Studierende zurückzuführen ist, verteilt sich auf 11 Monate des Jahres. Nur der Juni brachte einen erheblichen Rückgang der Besucher. Die höchste Besucherzahl pro Tag betrug 4 000, die niedrigste 1 000, der Durchschnitt ist 1 840.

Die grosse Sorge des Museums ist die Vollendung seiner Neubauten. Das Äussere dieser grossartigen Bauten, die organisch mit dem Museum verbunden sind, ist zwar fertig gestellt, doch verzögert sich der innere Ausbau wegen Geldmangels ausserordentlich. Der trotz seiner 76 Jahre unermüdliche Oskar von Miller muss sich damit zufrieden geben, dass günstigenfalls im neuen Geschäftsjahr der Bibliotheksbau vollendet und übers Jahr in Betrieb genommen werden kann. Für den Ausbau des Kongresssaales, der mit seinen 2 000 Sitzplätzen der grösste und schönste Saal Deutschlands wird, fehlen immer noch auf längere Zeit die Mittel zur Vollendung, ebenso auch für die oberen Stockwerke des Bibliotheksbaues. Die Hauptursache der Verzögerung liegt in der Finanznot des bayerischen Staates, der mit einem Millionenaufwand zunächst den unerträglich gewordenen Misständen in seiner Staatsbibliothek abhelfen muss, bevor er wieder Geld für die Neueinrichtung der Sachbibliothek des Deutschen Museums zur Verfügung stellen kann.

Das Reinvermögen des Deutschen Museums ist um rund 1 Million auf fast 32 Millionen Mark angewachsen, darunter befindet sich eine Barreserve von 446 000 Mark. Der Museumsbau steht in der Bilanz mit 18 Millionen Mark, das unvollendete Studiengebäude mit 6 Millionen. Die Sammlungen haben einschliesslich der Bibliothek von 120 000 Bänden einen Gegenwert von 10 Millionen Mark. Die Sammlungsgegenstände sind nur mit dem reinen materiellen Wert eingeschätzt, ihr historischer Wert ist ausser Ansatz gelassen.

SPD. Brüssel, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der junge italienische Antifaschist Fernando de Rosa, der am 24. Oktober 1929 auf den italienischen Kronprinzen Umberto in Brüssel Schüsse abfeuerte und nach einer merkwürdigen Verhandlung vor dem Schwurgericht der Provinz Brabant zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, wird wahrscheinlich im nächste Monat in Freiheit gesetzt. Nach belgischem Kriminalrecht und der bisher geübten Praxis kann ein nicht bestraffter Verurteilter nach Verbüßung eines Drittels seiner Strafe auf freien Fuss gesetzt werden. Die Frist von 20 Monaten ist nunmehr für de Rosa abgelaufen. Da er sowohl während der Gerichtsverhandlung als auch in der Zwischenzeit auf alle für die Strafaussetzung zuständigen Instanzen den allergünstigsten Eindruck gemacht hat, ist bestimmt damit zu rechnen, dass die Regierung de Rosa trotz der bereits gegen ihn einsetzenden Hetze die übliche Gunst zuteil werden lassen wird.

SPD. Bonn, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Bonner Landfriedensbruchprozess wurden am Donnerstag drei Kommunisten zu je 8 Monaten, einer zu 9 Monaten und einer zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Täter des bei den Zusammenstößen mit den Nationalsozialisten erschossenen Architekten Clemens konnte auch im Verlauf der dreitägigen Verhandlung nicht ermittelt werden. Die Untersuchung in dieser Sache wird deshalb fortgesetzt.

SPD. Die Reichsregierung hat ihr Agreement zur Ernennung des Professors Americo Castro zum spanischen Botschafter in Berlin erteilt.

SPD. Stuttgart, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Donnerstag wurde der kommunistische Abgeordnete Vollmer wegen gemeiner Flegelleien von den Verhandlungen des württembergischen Landtags mit Hilfe der Polizei ausgeschlossen. Es war das erste Mal, dass im württembergischen Landtag Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung einschreiten musste.

Vollmer benahm sich am Donnerstag während der Plenarsitzung immer und immer wieder gegen mehrere sozialdemokratische Abgeordnete ausfallend. So rief er dem Abgeordneten Geiger fortgesetzt zu: "Schuft, Lausbub, dreckiger Hund, ich hau' dir in die Fresse" usw.. Als er mit seinen Flegelleien auch nach dreimaliger Verwarnung durch den Präsidenten Pflüger nicht aufhörte, wurde er aus dem Saal gewiesen. Vollmer leistete der Aufforderung, den Saal zu verlassen, unter dem Einfluss seines Fraktionsvorsitzenden Schneck jedoch keine Folge, sodass der Präsident die Sitzung auf 5 Minuten unterbrach. Als Vollmer nach Ablauf der Pause immer noch auf seinem Platze sass und auch der Aufforderung der Landtagsbeamten, den Saal zu verlassen, nicht entsprach, wurde die Sitzung abermals unterbrochen. Dann griff die Polizeiwache ein. Plötzlich gab der radaulustige Vollmer klein bei. Er liess sich ohne Widerstand aus dem Saal führen. Dann konnten die Verhandlungen ungestört zu Ende geführt werden.

SPD. Wien, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

In Innsbruck wurde dieser Tage ein Mann verhaftet, der in einer Naziversammlung einen Polizeibeamten tätlich angegriffen hat. Jetzt hat sich herausgestellt, dass der Verhaftete der von den deutschen Behörden wegen Landfriedensbruch steckbrieflich verfolgte Fleischergehilfe Nikolaus Kobierowski ist, der sich in Innsbruck unter falschem Namen aufhielt und eine Hochschullegitimation in seinem Besitz hatte, obwohl er die Universität nie besucht hat. Kobierowski betätigte sich in Innsbruck für die Hitler-Partei.

SPD. Köln, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Grosse Strafkammer verurteilte den Studenten Wilhelm Klein wegen verbotenen Zweikampfes in einer Bestimmungsmensur zu 3 Monaten Festung. Dem verurteilten Studenten wurde eine Bewährungsfrist von 3 Monaten zugebilligt.

SPD. London, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Flottensachverständigen Entlands, Frankreichs und Italiens, die am Donnerstag in London wieder zu einer Sitzung zusammgetreten waren, beschlossen, die Verhandlungen zu unterbrechen und zunächst die Zusammenkunft der

drei Aussenminister in Genf in der Hoffnung abzuwarten, dass danach neue Grundlagen zu einer neuen Diskussion gegeben sind. Auch die Sachverständigen werden sich nach Genf begeben.

SPD. Der "Völkische Beobachter" des Herrn Hitler war bei seinem Bericht über die Austragung der Deutschen Waldlaufmeisterschaft in Hannover vom Druckfehlerteufel verfolgt. Er nannte den Sieger bald Holm, bald Kolm. Holm und Kolm gingen ihm so kunterbunt durcheinander, dass niemand herausfinden konnte, wie der Sieger in der Deutschen Waldlaufmeisterschaft in Wahrheit heisst.

Hier ist die Lösung des Rätsels: Er ist ein Jude namens Cohn, und der völkische Druckfehlerteufel hat ihn zur höheren Ehre des Antisemitismus ent-cohnen müssen.

SPD. Londond, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Aus einer Erklärung des Handelsministers in der Donnerstag-Sitzung des Unterhauses geht hervor, dass die russische Regierung Kriegsmaterial aus England bezieht. Seit Januar 1931 sind für Russland 33 Kauflicenzen erteilt und Tanks im Werte von 2 000 Pfund Sterling von englischen Firmen nach Moskau geliefert worden.

Dem Handelsminister wurde ferner die Frage gestellt, ob ihm die grossen geheimen Munitionslieferungen nach Russland bekannt seien. Er konnte jedoch über diese inoffiziellen Käufe und deren Höhe keine Auskunft geben.

SPD. Der bisherige Landrat des Kreises Regenwalde in Pommern, von Bis-marck in Labes, ist durch Beschluss des Preussischen Staatsministeriums vom 26.März 1931 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. In einer Kleinen Anfrage der deutschnationalen Landtagsfraktion war nach den Gründen für die Abberufung des Landrats von Bismarck gefragt worden. Der Preussische Minister des Innern hat darauf wie folgt geantwortet :

"Der Landrat von Bismarck hatte schon bei dem seinerzeitigen Volksbegehren "Freiheitsgesetz" eine Haltung eingenommen, die mit der von einem politischen Beamten zu erwartenden Stellungnahme gegenüber diesem Volksbegehren nicht im Einklange stand. Er ist jetzt in der Kölner Versammlung für das Volksbegehren "Landtagsauflösung", das durch die Herbeiführung der Auflösung und einer anderweitigen Zusammensetzung des Landtags auf einen Sturz der Staatsregierung hinzielt, als Agitator unter einer Devise aufgetreten, die eine scharfe Kampfansage gegen die Staatsregierung enthielt, mag sie nun den von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in ihrem Bericht über den "Kampfabend" wiedergegebenen Wortlaut: "Nieder mit der roten Regierung in Preussen" gehabt haben oder, wie die Kleine Anfrage angibt: "Herunter mit der roten Fahne in Preussen" gelautet haben. Dadurch hat Landrat von Bismarck wiederholt gezeigt, dass er den Anforderungen mindestens auf angemessene Zurückhaltung, die an einen politischen Beamten in solchen Fällen unbedingt gestellt werden müssen, nicht gerecht zu werden gedenkt; daher konnte ihm das Amt eines Landrats nicht weiter anvertraut bleiben. Die einzelnen von Landrat von Bismarck in der Kölner Rede gemachten Ausführungen haben bei der Frage seiner Abberufung gegenüber der Tatsache, dass er überhaupt als Agitator gegen die Staatsregierung unter einer derartigen Devise in einer öffentlichen Versammlung aufgetreten ist, keine ausschlaggebende Rolle mehr gespielt. Daher erübrigte es sich auch, vor der Entscheidung darüber ihn über die Ausführungen noch besonders zu hören. Im übrigen sei noch bemerkt, dass die in der Sitzung des Preussischen Landtags gemachten Angaben aus den in der Rechtspresse über die betreffende Versammlung widerspruchlos verbreiteten Berichten wörtlich entnommen sind."

SPD. Paris, 7. Mai (Eig. Drahtb.)

Im weiteren Verlauf der Kammerdebatte über die Zollunion nahm als letzter Redner des Donnerstag der nationalistische Abg. Ybarnegaray das Wort.

Ybarnegaray charakterisierte das deutsch-österreichische Abkommen als das kühnste Unternehmen gegen die friedliche Organisation Europas und als die erste Herausforderung Deutschlands an die siegreichen Mächte. Der Außenminister sei trotz seiner ständigen Zusammenarbeit mit deutschen Staatsmännern von der deutsch-österreichischen Vereinbarung vollkommen überrascht worden. Merkwürdig sei, dass die französischen Botschafter in Berlin und Wien dennoch noch nicht abberufen worden seien. Das Zollbündnis sei nur die Maske für einen früher oder später durchzuführenden politischen Zusammenschluss der beiden Länder. Deutschland träume wie vor dem Kriege wieder von einem Mitteleuropa, das die Unterwerfung ganz Europas unter die germanische Macht bedeuten würde. In Frankreich sei das Abkommen allgemein gemissbilligt worden, ausser von den Sozialisten, die zweifellos ihre Gründe für diese Haltung noch darlegen würden. Wenn er, der Redner, einen Preis für den schärfsten Protest auszuteilen hätte, dann würde er ihn Herriot aussprechen. Frankreich wünsche, dass der Friede respektiert werde. (Briand lebhaft: "Er wird respektiert. Sagen Sie mir, wann das nicht der Fall gewesen ist.")

Der Redner schloss mit den Worten: "Frankreich ist ein erstesmal durch die Unterstützung von Mächten gerettet worden, die nicht ein zweitesmal dazu bereit sind. Darin liegt das Drama, über das ich sie reiflich nachzudenken bitte."

Die Debatte wird am Freitag-Nachmittag fortgesetzt.

SPD. New York, 7. Mai (Eig. Drahtb.)

In massgebenden Kreisen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes und des Verbandes der amerikanischen Kriegsteilnehmer wird ernsthaft die Bildung einer Einheitsorganisation zur Bekämpfung der Prohibition erwogen. Die Führer der beiden Organisationen haben bisher über die Möglichkeiten der neuen Partei einen ausführlichen Briefwechsel geführt, dem in den nächsten Tagen offizielle Besprechungen folgen sollen.

Inzwischen haben die massgebenden amerikanischen Gewerkschaften eine scharfe Kampagne gegen die Prohibition eingeleitet.

SPD. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs bittet uns um Verbreitung folgender Kundgebung:

"Gegen Faschismus und Diktatur, für die Demokratie, für die Republik, wider den Kapitalismus, für den Sozialismus demonstriert die Sozialdemokratie des Parteitages am Sonntag, den 31. Mai nachm. 3 Uhr auf dem Augustusplatz in Leipzig. Alle auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Organisationen, Partei, Gewerkschaften, Arbeiter-Sportler, Arbeitersänger, Arbeiterjugend, Kinderfreunde, Reichsbanner und Genossenschaftler nehmen an der Kundgebung teil! Drei Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Internationale werden am Mikrophon sprechen.

Es muss eine Riesenkundgebung werden, die die Macht und Stärke der Sozialdemokratie dem Gegner deutlich vor Augen führt. Die Kundgebung soll ein Warnungszeichen für die Reaktionen aller Schattierungen - Hugenbergianer, Nationalsozialisten, Faschisten, Wehrverbände, Stahlhelm und für den Sozialismus sein. Darum laden wir die sozialistische Arbeiterschaft Sachsens und die der um Leipzig liegenden Länder ein, sich in Massen an dieser Kundgebung zu beteiligen. Alles Nähere teilen Euch die Parteiorganisationen des Bezirks mit. Auf nach Leipzig!

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Bankerott der Schule.

SPD. An der Untersekunda eines süddeutschen Gymnasiums führte ein junger Lehrer seine Schüler in den Schiller'schen Idealismus ein. Um zu prüfen, wie weit die Schüler in den Schwung der idealistischen Gedanken Schillers eingedrungen seien, stellte er ihnen folgendes Aufsatzthema: "Wie ich mir Deutschlands Wiederaufstieg denke." Er erwartete natürlich eine Anknüpfung an den Idealismus der grossen Weimaraner, an die kosmopolitischen Ideen der deutschen Klassiker. Es kam anders. Von zwanzig Aufsätzen waren siebzehn nichts anderes als blödsinnige Wiederholungen nationalsozialistischer Propagandaphrasen. Einer der Sechzehnjährigen schrieb :

"Der Krieg hat uns zerschmettert, der Krieg soll uns wieder aufrichten. Einen Krieg, ein Massenmorden willst Du haben? Ja, denn ohne Krieg geht es bei der Menschheit nicht. Das Tierische hat immer noch die Oberhand im Menschen. Der rasche Zuwachs unserer Hitlerbewegung sagt mir, dass die Entscheidung kommen muss. Sie wird sich in unserem Vaterland die Oberhand verschaffen. Wohl wird dieser Bürgerkrieg viel Blut kosten, es wird jedoch nicht umsonst fliesen."

Ein anderer leistet sich folgendes: "die nationalsozialisten werden unser Vaterland aus dem Elend, in das es während des Krieges durch eine gewisse Rasse und hachher auch in der Hauptsache durch fette Bonzen geführt worden ist, herausheben und emporführen."

Ein Dritter schreibt: "Und erst die Scheidemänner, Crispiens, Brüningmänner, die Auslese des Volkes, die täglich und stündlich Hochverrat begehen. Welch erhebender Augenblick muss es für einen deutschvölkisch denkenden Menschen sein, die Köpfe der obengenannten Herren rollen zu sehen. Die nächste Aufgabe wird sein, den Freimaurern und Jesuiten und anderen Küttenleuten sich zu empfehlen, von den auserwählten Wüstensöhnen der Halbinsel Sinai gar nicht zu reden."

Schliesslich ein Vierter: "Der Berliner Polizeipräsident ist auch ein eingewanderter Jude, der gehört natürlich abgeschafft und ein Deutscher muss das Amt übernehmen, wenn wir hochkommen wollen."

In siebzehn von zwanzig Schulaufsätzen hat sich in dieser Weise die Denkungsart der sechzehnjährigen Gymnasiasten enthüllt. Es ist die Enthüllung des vollständigen Bankerotts der höheren Schule in Deutschland. Kein Zweifel, dass ein Teil der Schullehrer daran schuld trägt. Hat die Republik an derartigen Anstalten zur Heranzüchtung der Mordgesinnung irgend ein Interesse?

Hitler für Locarno.

Ein Sonderberichterstatter des "Daily Express" hat in München eine Unterredung mit Hitler gehabt. Nach dem Bericht des "Daily Express" hat Hitler dabei ausgeführt :

"Er verlange nicht die Wiederherstellung der deutschen Vorkriegsgrenzen auch nicht die Rückgabe der verlorenen Kolonien. Aber er fordere, dass Deutschland gleichberechtigt behandelt werde. Die überschüssigen Millionen Deutschland müssten die Möglichkeit haben, sich in den weiten Räumen an den östlichen Grenzen auszudehnen. Man müsste ihnen gestatten die Hilfsquellen auszunützen, die jetzt infolge der bolschewistischen Missherrschaft brach lägen."

Das ist die Anerkennung des Locarno-Vertrages, der Verzicht auf Elsass-Lothringen in aller Form! Warum führt die Partei des Herrn Hitler immer noch

Radaupropaganda gegen die Locarno-Politik, wenn ihr Chef selbst sich auf den Boden des Locarno-Vertrages stellt?

Die Ausserungen des Herrn Hitler bedeuten eine bemerkenswerte Schwenkung. Er steht nicht mehr mit dem Rücken gegen Osten, das Gesicht nach Westen, sondern gerade umgekehrt. Man könnte beinahe sagen, Herr Hitler habe sich zu Herr Reichberg bekehrt!

Der Vollständigkeit halber fügen wir hinzu, dass die Veröffentlichung des "Daily Express", die bereits mehrere Tage zurückliegt, von Hitler in keiner Weise bestritten worden ist. Sie wird also stillschweigend als authentisch anerkannt.

Geld stinkt nicht!

Vor einiger Zeit veranstalteten die Hitlerjünglinge von München in einem Münchener Kaffeehaus einen solennen Skandal, weil dort nicht eine deutsche, sondern eine ungarische Kapelle konzertierte. Nun sind zwar die Ungarn sozusagen deutsche Bundesbrüder und Bundesgenossen der Faschisten aller Schattierungen im Zeichen Horthys und Ungarn ist als Asyl für Mörder und ähnliches Gelichter mit der Hakenkreuzgesinnung sehr beliebt. Aber man bedenke: Ungarische Sproch und schwarze Haare!

Indessen kann man bei Hitler auch anders. Ein anderes Münchener Café hat dieser Tage ebenfalls eine ungarische Kapelle konzertieren lassen und lässt noch besonders eine ungarische Geigerin auftreten. Von Hakenkreuzkrakeel keine Spur, im Gegenteil die Hitlerjünglinge sind begeistert!

Woher die plötzliche Wandlung? Des Rätsels Lösung ist sehr einfach. Das Kaffeehaus inseriert im "Völkischen Beobachter" und preist dort seine ungarische Geigerin an. Wer zahlt, darf alles, wer nicht zahlt, ist unpatriotisch. Mit anderen Worten: die patriotische Entrüstung der Hitlerjünglinge ist ein Mittel, um die Inseratenwerber des "Völkischen Beobachter" des Herrn Hitler zu unterstützen.

Nicht die Radfahrer, sondern die Konsumvereine!

Man weiss es ja, wer an allem in Deutschland schuld ist - die Juden und die Radfahrer. Die Deutschnationalen jedoch haben einen dritten Schuldigen hinzuentdeckt. Ihr Parteigeschäftsführer in Pommern reist im Lande umher und beweist, dass die roten Konsumvereine an allem schuld sind: "Durch die roten Konsumvereine werden der reellen Wirtschaft jährlich viele hunderte Millionen Mark entzogen, dafür darf die reelle Wirtschaft dauernd höhere Steuern bezahlen." Nun wissen wir es, wer die Schuld an der deutschen Not trägt. Die Juden, die Radfahrer und die deutschen Konsumvereine. Warum die Radfahrer? Nun, warum die Juden und die Konsumvereine?

Armer Goebbels!

Unter den rechtsradikalen Berliner Studenten hat sich eine neue Verbindung aufgetan, die sich Jungheidnischer Ring nennt. Sie nimmt nur blonde Teutonen auf und in ihrem Programm heisst es: "Wer das Leben bejaht, muss hart und grausam sein können. Im Interesse des gesunden Germanentums darf auf Kranke und Schwache keine übermässige Rücksicht genommen werden."

Armer Goebbels! mit Deinen schwarzen Haaren und Deinem Klumpfuss gehörst Du zu denen, auf die das gesunde Germanentum keine übermässige Rücksicht nehmen darf. Du bist sozusagen lebensuntüchtiger und lebensunwürdiger Ballast, der von den blonden Teutonen beiseite geschafft werden muss.

aus aller Welt

Raumschiffahrt wird Wirklichkeit.

Raketenflugplatz Berlin - Arbeitslose stellen sich in den Dienst der Wissenschaft - "Repulsor": die Rakete der Zukunft - Berlin-New York in 25 Minuten.

SPD. Von der grossen Hauptstrasse, die vom Wedding im Norden Berlins nach Tegel führt, biegt ein breiter Sandweg ab zu der ehemaligen Artillerie-Versuchsanstalt Reinickendorf. Bei der ehemaligen Luftschifferkaserne, die jetzt einen Teil der Berliner Schupo beherbergt, zeigt als Wegweiser eine Rakete nach rechts hinüber, wo in roten und niedrigen Ziegelbauten Fabrikräume, Werkstätten und Proletarierwohnungen hart nebeneinander liegen.

Menschen in der Mondlandschaft.

Bald ist man auf einem wilden Trichterfeld, das mit seinen Hügelketten, seinen Einschnitten, Kratern und Vertiefungen beinahe einer Mondlandschaft gleicht. Hier in dieser Wildnis arbeiten seit Septembervorigen Jahres ein halbes Dutzend Menschen an der Fertigstellung eines brauchbaren Raketenmotors. Junge, begeisterte Menschen, zum Teil arbeitslose Schlosser, die sich uneigennützig in den Dienst der Sache stellten und nun unter Leitung von Ingenieur Nebel - er war früher Assistent des bekannten Raketenbauers Oberth - und seines Gehilfen, Ingenieur Riedel, Tag für Tag experimentieren und in mühevoller Versuchsarbeit langsam ihrem Ziele näherrücken.

Breit und warm liegt die Maisonne auf der Jungfernheide. In einer tiefen Mulde des ehemaligen Schiessplatzes ist ein Prüfstand aufgebaut. Ein merkwürdiges eisernes Gerüst, wie wir es in vergrössertem Masstabe aus dem Film "Die Frau im Mond" kennen. Ingenieur Nebel im weissen Kittel, mit einem scharfen verrechneten und verarbeiteten Gesicht überwacht die Vorbereitungen zu einem Brennversuch. Man darf sich den Prüfstand aus der Nähe ansehen, er läuft nach oben spitz zu und ist mit einem Gewirr von Drähten und Messapparaten überzogen. An der linken Seite wird Benzin durch Stickstoff, rechts flüssiger Sauerstoff mit Hilfe von Pressluft in den kleinen, fast winzigen Raketenmotor getrieben. "Die Hauptsache dabei ist", erklärt Ingenieur Nebel, "dass wir längst nicht mehr mit Pulver-Raketen arbeiten, sondern als Antrieb ein Gasgemisch von Benzin und flüssigem Sauerstoff benutzen."

Der Motor in der Aktenmappe.

Und der Vorteil? Bei der Pulverrakete wird die ganze Auftriebskraft beim Abschluss ausgelöst, es entsteht ein ungeheurer Druck, der auf Kosten der Flugkraft abgebremst werden müsste. Die neue Rakete aber enthält einen Verbrennungsraum, in den während des Fluges der flüssige Betriebsstoff eingeführt werden kann. Mit dieser Lösung hofft man der bemannten Rakete einen grossen Schritt näher gekommen zu sein, zumal der kleine Motor in einer Aktenmappe bequem unterzubringen, schon jetzt eine Kraftleistung von 500 PS entwickelt.

Unterdessen wird flüssiger Sauerstoff eingefüllt. Er dampft in der Sonne und bildet auf Rohr und Behälterrand einen weissen, dickkrustigen Niederschlag. Temperatur 110 Grad - die beiden Monteure arbeiten mit dicken Handschuhen. Rings um den Prüfstand sind hohe Wälle aufgeschüttet. Der Unterstand dicht vor ihm mit den aufgelegten Sandsäcken dient zur Beobachtung der Experimente aus nächster Nähe. Wir Zuschauer aber müssen zur Sicherheit auf den hohen Wall klettern. Der Motor selber wird durch elektrische Fernsteuerung gezündet - mit Hilfe eines Pulverkörnchens, das in benzingetränkte Watte gewickelt ist.

Ein Handgriff am Hebel des Fernsteuerapparates: Benzin und Sauerstoff

fließen in den Motor. Es beginnt zu rauchen, zu zischen. Ein Ruck am Zündschalter: Flammen schlagen aus dem Motor - ein armdicker blauer Strahl - und im selben Augenblick beginnt ein furchtbares Dröhnen und Donnern. Eine ungeheure Kraft hat sich in den kleinen Motor gestürzt. Das Donnern zersprengt einem fast die Ohren. Der Boden zittert unter den Füßen und man hat das Gefühl: gleich wird der ganze Prüfstand in die Luft fliegen, so ohrenbetäubend ist das Krachen. Unwillkürlich zieht man den Kopf ein. Aber der Prüfstand ist dreifach gesichert - "die Rakete brennt an den Bremsen", sie würde, losgelassen, schnurgerade 6 bis 8 Kilometer in die Luft steigen. Aber da geht das Donnern schon in ein Knattern über, noch ein Zischen und Puffen und der Versuch ist beendet.

Die Aussenstation.

Ziel dieser ständigen Versuchsarbeit ist, einen wirklich brauchbaren Raketenmotor zu schaffen, und das Ergebnis der letzten Monate war die "Rakete mit Betriebsstoff-Nachschub". Mit dem Modell "Mira 3" sollen in den kommenden Wochen Probeabschüsse ausgeführt werden. Man wird die Rakete - die Raketenbauer wollen künftig für Rakete "Repulsor" (repulsiv-abstossend) sagen - etwa Kilometer in die Luft schießen. Ist diese Höhe erreicht, so dreht sich die Rakete, löst dadurch selbsttätig an ihrer Spitze eine Kapsel aus, der im Nutzraum sich befindliche Fallschirm entfaltet sich und trägt die Rakete wieder zur Erde hinunter. Glückt dieser Versuch, so ist der Weg zur unbemannten Postrakete und zur bemannten Fernrakete nicht mehr weit. Man wird künftig Post nach Amerika schießen - 23 Minuten würde die Rakete von Berlin nach New York brauchen, und mit der Höhenrakete in den Weltraum vordringen. Dann könnte man auch mit dem Bau der Aussenstation beginnen, die Voraussetzung für jede Weltraumfahrt ist. Zu diesem Zweck sollen Brennstoffraketen von der Erde aus abgeschossen werden, die sich mit einer bemannten Rakete grössten Kalibers vereinigen und etwa 1 000 Kilometer über der Erdoberfläche kreisen. Die Hauptfunktion dieser Aussenstation wird die Lösung der schwierigen Betriebsstoff-Frage sein. Ein nach fremden Himmelskörpern strebendes Raumschiff wird auf der Aussenstation seine Betriebsstoffe ergänzen.

So sollen die fantastischen Romane von Jules Verne früher oder später Wirklichkeit werden? Auf einem alten Exerzierplatz, auf dem früher die Soldaten des Luftschiffbataillons ihre Ballons steigen liessen, sind Menschen mit Hingabe und persönlichem Mut am Werke, diesen fantastischsten Traum, den je die abendländische Menschheit träumte, zu realisieren. Mit den primitivsten Schwierigkeiten müssen sie sich herumschlagen. Es fehlt ihnen, wie allen Pionieren, die für die Zukunft arbeiten, manchmal am notwendigsten Material für ihre Versuche. Ja, es wären nicht einmal genügend Arbeitskräfte da, wenn nicht ein paar arbeitslose Schlosser und Mechaniker gekommen wären und sich mit ihren Erfahrungen und ihrer Arbeitskraft in den Dienst der Raketenbauerei gestellt hätten. Nun haben sie sich zusammen mit dem Leiter in einem alten Schuppen einquartiert, wohnen und schlafen neben der Werkstatt, in der sie tagsüber an der Drehbank und am Schraubstock stehen. Es sind frische junge Menschen und sie würden doppelt so viele Versuche machen, doppelt so viel arbeiten, wenn es nicht immer am Gelde fehlen möchte, denn der Verein für Raumschiffahrt, der den Flugplatz unterhält, besteht zur Hälfte auch nur aus Studenten und Arbeitern!

P.

+ + +
Verhafteter Falschmünzer. Ein 32jähriger Arbeiter wurde in Hindenburg in Schlesien zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er der Herstellung falscher Zwei- und Fünfmarkstücke überführt wurde. Der Verurteilte betrieb die Falschmünzerei, um von deren Erträgen sein physikalisches Studium, das ihm als einem leidenschaftlichen Bastler sehr am Herzen lag, zu bezahlen.

+ + +

730 Häuser verbrannt. Der japanische Badeort Yamanaka fiel einer Feuersbrunst zum Opfer. Etwa 700 Häuser und 30 Hotels wurden eingeäschert. Der materielle Schaden beläuft sich auf 100 Millionen Mark.

+ + +

Blutige Hochzeit. In Lesnitz (Mähren) kam es nach einer Zigeunerhochzeit zwischen den Hochzeitsgästen zu einer blutigen Schlägerei. Zwei Zigeuner wurden getötet, acht schwer verletzt.

+ + +

Flugzeugzusammenstoss. Zwei englische Kampfflugzeuge stiessen über dem Londoner Truppenübungsplatz Aldershot in etwa 1 000 Meter Höhe zusammen. Die Maschinen stürzten ab und wurden zertrümmert; die Piloten konnten sich mit Hilfe von Fallschirmen retten.

+ + +

Geständnis des Briefträgermörders. Der in Genua verhaftete Berliner Briefträgermörder Reins hat am Donnerstag vormittag ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er erzählte, dass er zwei Tage vor der Ermordung Schwans das Zimmer in Berlin Schöneberg, in dem er den Geldbriefträger abpasste, gemietet hatte. Die Wirtin habe er am Mordtage unter einem Vorwand fortgeschickt. Als der Geldbriefträger erschienen sei, um ihm die 5 Mark, die Reins an sich abgeschickt hatte, auszuzahlen, habe er Schwan von hinten überfallen und gewürgt. Im Laufe eines hartnäckigen Kampfes habe er den Beamten mit einem mit Sand gefüllten Bleirohr über das Gesicht geschlagen, wodurch der Geldbriefträger betäubt worden sei. Dann habe er Schwan überwältigen können. Die Schwestern des Reins, die ebenfalls in Genua verhaftet wurden, sollen nach der Angabe ihres Bruders vor der Tat von dem Mordplan nichts gewusst haben. Von den geraubten 6 000 Mark fand die italienische Polizei noch 3 500 Mark im Besitz des Mörders.

Die Auslieferung der Geschwister Reins, deren Vernehmung in Gegenwart eines Vertreters des Deutschen Generalkonsulats in Genua den ganzen Donnerstag über erfolgte, ist in die Wege geleitet und dürfte in etwa einer Woche erfolgen. Die Mutter der Geschwister, die von der Berliner Kriminalpolizei unter dem Verdacht der Mitwisserschaft verhaftet worden war, ist inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden, da Verdunklungsgefahr und Fluchtverdacht nicht mehr besteht. Frau Reins will gleichfalls erst nach der Mordtat von dem Verbrechen durch ihren Sohn selbst informiert worden sein. Sie hat sich insofern strafbar gemacht, als sie von dem geraubten Geld 80 # "für die Miete" erhalten hat. Sie ist damit der Hehlerei schuldig.

Am Donnerstag nachmittag wurde der Geldbriefträger Schwan zur letzten Ruhe geleitet. Der Trauerzug, in dem mehrere tausend uniformierte Postbeamte marschierten, gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Den langen Weg vom Leichenschauhaus bis zum Wilmersdorfer Gemeindefriedhof säumte eine dichte Menschenkette.

+ + +

Ein Unglücksschütze. Als der 17jährige Bauernsohn Baumgartner im Altpfirt im Elsass vom Taubenschiessen vom Hof in die Küche zurückkam, fand er dort seine Mutter mit einem Kopfschuss vor dem Herd liegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ging eine Kugel fehl, die in die Küche flog und die Mutter tötete. Der junge Mensch musste in seiner Verzweiflung davon zurückgehalten werden, dass er sich nicht selbst das Leben nahm.

+ + +

Explosion: 2 Tote: In der elektrischen Zentrale des Dorfes Bech im Kanton Echternach (Schweiz) explodierte ein Motor. Ein Mechaniker und dessen Gehilfe wurden tödlich und drei andere Arbeiter sehr schwer verletzt.

fliessen in den Motor. Es beginnt zu rauchen, zu zischen. Ein Ruck am Zündschalter: Flammen schlagen aus dem Motor - ein armdicker blauer Strahl - und im selben Augenblick beginnt ein furchtbares Dröhnen und Donnern. Eine ungeheure Kraft hat sich in den kleinen Motor gestürzt. Das Donnern zersprengt einem fast die Ohren. Der Boden zittert unter den Füßen und man hat das Gefühl: gleich wird der ganze Prüfstand in die Luft fliegen, so ohrenbetäubend ist das Krachen. Unwillkürlich zieht man den Kopf ein. Aber der Prüfstand ist dreifach gesichert - "die Rakete brennt an den Bremsen", sie würde, losgelassen, schnurgerade 6 bis 8 Kilometer in die Luft steigen. Aber da geht das Donnern schon in ein Knattern über, noch ein Zischen und Puffen und der Versuch ist beendet.

Die Aussenstation.

Ziel dieser ständigen Versuchsarbeit ist, einen wirklich brauchbaren Raketenmotor zu schaffen, und das Ergebnis der letzten Monate war die "Rakete mit Betriebsstoff-Nachschub". Mit dem Modell "Mira 3" sollen in den kommenden Wochen Probeabschüsse ausgeführt werden. Man wird die Rakete - die Raketenbauer wollen künftig für Rakete "Repulsor" (repulsiv-abstossend) sagen - etwa Kilometer in die Luft schießen. Ist diese Höhe erreicht, so dreht sich die Rakete, löst dadurch selbsttätig an ihrer Spitze eine Kapsel aus, der im Nutzraum sich befindliche Fallschirm entfaltet sich und trägt die Rakete wieder zur Erde hinunter. Glückt dieser Versuch, so ist der Weg zur unbemannten Post- rakete und zur bemannten Fernrakete nicht mehr weit. Man wird künftig Post nach Amerika schießen - 23 Minuten würde die Rakete von Berlin nach New York brauchen, und mit der Höhenrakete in den Weltraum vordringen. Dann könnte man auch mit dem Bau der Aussenstation beginnen, die Voraussetzung für jede Weltraumfahrt ist. Zu diesem Zweck sollen Brennstoffraketen von der Erde aus abgeschossen werden, die sich mit einer bemannten Rakete grössten Kalibers vereinigen und etwa 1 000 Kilometer über der Erdoberfläche kreisen. Die Hauptfunktion dieser Aussenstation wird die Lösung der schwierigen Betriebsstoff-Frage sein. Ein nach fremden Himmelskörpern strebendes Raumschiff wird auf der Aussenstation seine Bestriebsstoffe ergänzen.

So sollen die fantastischen Romane von Jules Verne früher oder später Wirklichkeit werden? Auf einem alten Exerzierplatz, auf dem früher die Soldaten des Luftschiffbataillons ihre Ballons steigen liessen, sind Menschen mit Hingabe und persönlichem Mut am Werke, diesen fantastischsten Traum, den je die abendländische Menschheit träumte, zu realisieren. Mit den primitivsten Schwierigkeiten müssen sie sich herumschlagen. Es fehlt ihnen, wie allen Pionieren, die für die Zukunft arbeiten, manchmal am notwendigsten Material für ihre Versuche. Ja, es wären nicht einmal genügend Arbeitskräfte da, wenn nicht ein paar arbeitslose Schlosser und Mechaniker gekommen wären und sich mit ihren Erfahrungen und ihrer Arbeitskraft in den Dienst der Raketenbauerei gestellt hätten. Nun haben sie sich zusammen mit dem Leiter in einem alten Schuppen einquartiert, wohnen und schlafen neben der Werkstatt, in der sie tagsüber an der Drehbank und am Schraubstock stehen. Es sind frische junge Menschen und sie würden doppelt so viele Versuche machen, doppelt so viel arbeiten, wenn es nicht immer am Gelde fehlen möchte, denn der Verein für Raumschiffahrt, der den Flugplatz unterhält, besteht zur Hälfte auch nur aus Studenten und Arbeitern!

P.

+ + +
Verhafteter Falschmünzer. Ein 32jähriger Arbeiter wurde in Hindenburg in Schlesien zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er der Herstellung falscher Zwei- und Fünfmärkstücke überführt wurde. Der Verurteilte betrieb die Falschmünzerei, um von deren Erträgen sein physikalisches Studium, das ihm als einem leidenschaftlichen Bastler sehr am Herzen lag, zu bezahlen.

+ + +

730 Häuser verbrannt. Der japanische Badeort Yamanaka fiel einer Feuerbrunst zum Opfer. Etwa 700 Häuser und 30 Hotels wurden eingeäschert. Der materielle Schaden beläuft sich auf 100 Millionen Mark.

+ + +
Blutige Hochzeit. In Lesnitz (Mähren) kam es nach einer Zigeunerhochzeit zwischen den Hochzeitsgästen zu einer blutigen Schlägerei. Zwei Zigeuner wurden getötet, acht schwer verletzt.

+ + +
Flugzeugzusammenstoss. Zwei englische Kampfflugzeuge stiessen über dem Londoner Truppenübungsplatz Aldershot in etwa 1 000 Meter Höhe zusammen. Die Maschinen stürzten ab und wurden zertrümmert; die Piloten konnten sich mit Hilfe von Fallschirmen retten.

+ + +
Geständnis des Briefträgermörders. Der in Genua verhaftete Berliner Briefträgermörder Reins hat am Donnerstag vormittag ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er erzählte, dass er zwei Tage vor der Ermordung Schwans das Zimmer in Berlin Schöneberg, in dem er den Geldbriefträger abpasste, gemietet hatte. Die Wirtin habe er am Mordtage unter einem Vorwand fortgeschickt. Als der Geldbriefträger erschienen sei, um ihm die 5 Mark, die Reins an sich abgeschickt hatte, auszuzahlen, habe er Schwan von hinten überfallen und gewürgt. Im Laufe eines hartnäckigen Kampfes habe er den Beamten mit einem mit Sand gefüllten Bleirohr über das Gesicht geschlagen, wodurch der Geldbriefträger betäubt worden sei. Dann habe er Schwan überwältigen können. Die Schwestern des Reins, die ebenfalls in Genua verhaftet wurden, sollen nach der Angabe ihres Bruders vor der Tat von dem Mordplan nichts gewusst haben. Von den geraubten 6 000 Mark fand die italienische Polizei noch 3 500 Mark im Besitz des Mörders.

Die Auslieferung der Geschwister Reins, deren Vernehmung in Gegenwart eines Vertreters des Deutschen Generalkonsulats in Genua den ganzen Donnerstag über erfolgte, ist in die Wege geleitet und dürfte in etwa einer Woche erfolgen. Die Mutter der Geschwister, die von der Berliner Kriminalpolizei unter dem Verdacht der Mitwisserschaft verhaftet worden war, ist inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden, da Verdunklungsgefahr und Fluchtverdacht nicht mehr besteht. Frau Reins will gleichfalls erst nach der Mordtat von dem Verbrechen durch ihren Sohn selbst informiert worden sein. Sie hat sich insofern strafbar gemacht, als sie von dem geraubten Geld 80 # "für die Miete" erhalten hat. Sie ist damit der Hehlerei schuldig.

Am Donnerstag nachmittag wurde der Geldbriefträger Schwan zur letzten Ruhe geleitet. Der Trauerzug, in dem mehrere tausend uniformierte Postbeamte marschierten, gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Den langen Weg vom Leichenschauhaus bis zum Wilmersdorfer Gemeindefriedhof säumte eine dichte Menschenkette.

+ + +
Ein Unglücksschütze. Als der 17jährige Bauernsohn Baumgartner im Alt= Pfirt im Elsass vom Taubenschiessen vom Hof in die Küche zurückkam, fand er dort seine Mutter mit einem Kopfschuss vor dem Herd liegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ging eine Kugel fehl, die in die Küche flog und die Mutter tötete. Der junge Mensch musste in seiner Verzweiflung davon zurückgehalten werden, dass er sich nicht selbst das Leben nahm.

+ + +
Explosion: 2 Tote: In der elektrischen Zentrale des Dorfes Bech im Kanton Echternach (Schweiz) explodierte ein Motor. Ein Mechaniker und dessen Gehilfe wurden tödlich und drei andere Arbeiter sehr schwer verletzt.



Der Kampf um das Nachtbackverbot.

SPD. Die Agrarier haben sich bei ihrem Versuch, den Zorn der Bevölkerung über die Brotpreiserhöhung auf die Gewerkschaften abzulenken, wieder einmal in ihrer ganzen Schönheit gezeigt. Die Oeffentlichkeit hat jedoch das saubere Plänchen sofort durchschaut. Der Reichslandbund dürfte mit seiner Forderung auf beschleunigte Beseitigung des Nachtbackverbotes kaum durchdringen. An der Seite der Bäckergehilfen stehen die Bäcker, und wie jetzt verlautet, auch Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsministerium.

Auf der Seite der Agrarier stehen nur die Bäckereigrossbetriebe. Diesen ist anscheinend bis jetzt noch gar nicht zum Bewusstsein gekommen, dass sie sich mit ihrer Behauptung, sie könnten ohne Beseitigung des Nachtbackverbotes kein billiges und bekömmliches Brot herstellen, das allergrösste Armutzeugnis ausstellen. Wäre ihre Behauptung richtig, dann wäre der technische Fortschritt keinen Schuss Pulver wert. Die famosen Volksbeglucker, die angeblich nur durch Beseitigung einer Kulturerrungenschaft billiges Brot herstellen können, verschweigen, wie die "Einigkeit", das Organ des Verbandes der Nahrungs- mittel- und Getränkearbeiter überzeugend nachweist, dass die Grossbetriebe selbst bei einer 16-stündigen Betriebstätigkeit in zwei Schichten keine Ausnutzungsmöglichkeit der Betriebe haben. Nach einer erst kürzlich vorgenommenen Umfrage sei festgestellt, dass 72 Backöfen das ganze Jahr stillliegen und 1015 Backöfen nicht voll ausgenutzt werden. Eine unheimliche Verschwendung des Betriebsanlagekapitals! Wenn nunmehr die Nachtarbeit wieder zugelassen werde, dann müsse bei einer 24-stündigen Betriebszeit noch ein grösserer Teil der Betriebsanlage stillgelegt werden. Natürlich sei an eine Ermässigung der Herstellungskosten in den Nachtstunden nicht zu denken.

Die Bäcker gehörten früher selbst zu den Gegnern des Nachtbackverbots. Die in den Innungen organisierten Meister wurden jedoch bald neben der Gehilfenschaft energische Verteidiger des Verbots, denn sie mussten in den Klein- und Mittelbetrieben selbst bei Nacht arbeiten. Sie kannten das Sklavendasein stetiger Nachtarbeit aus eigener Erfahrung. Die grossen Brotfabrikanten dagegen brauchen nicht nachts zu arbeiten. Die Nachtarbeit überlassen sie ihren Arbeitern.

Die breite Oeffentlichkeit hat in unmittelbares Interesse an der Aufrechterhaltung des Nachtbackverbots. Das Verbot ist nicht nur Arbeiter- sondern auch Konsumentenschutz. Die Tagarbeit beseitigte die vielfach unerhört unhygienischen Zustände, die bei Nachtarbeit in den Bäckereien festgestellt werden mussten. Die früher sehr stark vorhandenen ansteckenden Krankheiten des Bäckergewerbes wie Schwindsucht, Tuberkulose, Bäckerkrätze und dergl. sind fast vollständig verschwunden, wie aus den Krankenkassenberichten klar hervorgeht. Der Konsument hat heute die Garantie, dass sein tägliches Brot ein sauberes Brot ist, dass es durch Hände gesunder Menschen geht, und das ist sicherlich keine Bagatelle.

Der Angriff auf das Nachtbackverbot hat der organisierten Arbeiterschaft nur gezeigt, dass die Agrarier im Laufe der letzten Jahre etwas zu sehr verwöhnt wurde. Unerhörte Opfer sind, nicht zuletzt von der Arbeiterschaft, für die Landwirtschaft gebracht worden. Auch bei den christlichen Gewerkschaften, bei denen die Agrarier doch von jeher die allerstärkste Unterstützung gefunden

haben, ist jetzt das Fass übergelaufen. Die Regierung Brüning aber, die den Agrariern kaum einen Wunsch versagt hat, bekommt jetzt von ihnen mit üblem Undank heimgezahlt. Zu gut ist ein Stück von der Dummheit.

SPD. Der Internationale Gewerkschaftsbund hielt dieser Tage in Madrid unter dem Vorsitz von Citrine (England) eine Ausschusssitzung ab. Von der deutschen Landeszentrale waren Leipart, Grassmann, Aufhäuser, von verschiedenen Berufssekretariaten: Tarnow, Simon, Bernhardt, Urban, Müntner entsandt worden. Die sozialistische Internationale war durch Vandervelde vertreten. Dem in den Ruhestand getretenen bisherigen Sekretär Sassenbach wurde für seine erfolgreiche Tätigkeit Dank und hohe Anerkennung ausgesprochen.

Aus dem Tätigkeitsbericht des neuen Generalsekretärs Schevenels ging hervor, dass die Sitzverlegung des IGB. nach Berlin am 1. Juli d.J. erfolgen soll. Das Organisationsgebiet wurde durch Neuanschlüsse von Landeszentralen erheblich erweitert. Der IGB wird künftig mehr als bisher sein Interesse auch dem fernen Osten zuwenden. Im Mittelpunkt des Tätigkeitsberichtes stand der Kampf gegen die Reaktion. Das Aktionsprogramm für 1931 und 1932, das die aktuellen Wirtschaftsfragen, Sozialpolitik, Arbeiterbildung und den Kampf gegen den Krieg enthält, wurde eingehend erörtert und angenommen.

Das Hauptreferat über "Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit" erstattete Leipart, der nach Prüfung der Ursachen die im Januar ds.J. von der gemeinsamen Kommission des IGB und der SAI zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgestellten Forderungen eingehend begründete. Internationaler Zollfriede, Revision der Reparationen und 40stündige Arbeitswoche wurden vom Referenten mit besonderem Nachdruck vertreten. In der Aussprache wurde der internationale Charakter der gegenwärtigen Krise von den Vertretern der einzelnen Länder mit reichem Material bestätigt. Der Ausschuss genehmigte das Züricher Programm. Damit ist die 40-Stunden-Arbeitswoche nunmehr nur Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes erhoben und seine Vertreter werden bereits die nächste Arbeitskonferenz in Genf benutzen, dort in gleicher Weise in Aktion zu treten.

Ueber die Abrüstungsfrage berichtete Jouhaux-Frankreich, um die Unzufriedenheit des IGB mit den Ergebnissen der bisherigen Regierungskonferenzen deutlich auszusprechen. An die Stelle des nationalen müsse die internationale Souveränität treten. Erst die Abrüstung könne den Staaten die Sicherheit bringen. Neben der nationalen Beeinflussung der Regierungen und dem Zusammenwirken mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale soll die Antikriegskommission, die eine Kontrolle der Rüstungsindustrie zur besonderen Aufgabe hat, erneut eingesetzt werden.

Ueber die internationalen Konventionen des Genfer Arbeitsamts berichtete Mertens-Belgien. An die Ausschusssitzung schloss sich eine Tagung der Internat. Berufssekretariate an, die sich im wesentlichen mit den gleichen Fragen befasste.

Die Madrider Verhandlungen des IGB, zu denen Vertreter aus 17 Ländern erschienen und die von ausserordentlichem Ernst getragen waren, haben immer wieder geradezu zwingend erwiesen, dass die herrschende Wirtschaftskrise nur durch internationale Abkommen und Verständigung zur Entspannung gebracht werden kann.

SPD. Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtensbundes befasste sich am Donnerstag eingehend mit der beamtenpolitischen Lage und nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der er jede weitere Herabsetzung der Bezüge der Beamten mit aller Entschiedenheit ablehnt. Insbesondere macht er mit allem Ernst auf die schweren Gefahren aufmerksam, die mit einer nochmaligen Kürzung der Beamtenbezüge heraufbeschworen werden.



Washington.

(Tagung der Internationalen Handelskammer.)

SPD. Die diesjährige Tagung der Internationalen Handelskammer findet z.Zt. in Washington statt. Die nationalen Handelskammerorganisationen haben einflussreiche Industrieführer und Finanzleute zu dieser Tagung delegiert. Ohne Zweifel kommt den Verhandlungen in der amerikanischen Bundeshauptstadt grösste Bedeutung zu.

Man ist es gewohnt, dass sich derartige Tagungen auf Resolutionen beschränken, in denen viel Unrichtiges über die freie Wirtschaft und den Zollprotektionismus gesagt wird. Diesmal wird man sich mit diesen üblen Resolutionen nicht begnügen können. Man wird zu den dringenden wirtschaftlichen Problemen, die durch die Weltkrise aufgeworfen sind, Stellung nehmen müssen. Die Frage der Krisenüberwindung, des internationalen Kapitalausgleichs und der Kredithilfe, der Zoll- und Handelspolitik und das internationale Schuldenproblem werden Erörterung finden. Man betrachtet gerade die diesjährige Tagung in Washington vor einem breiten amerikanischen Forum als eine günstige Gelegenheit zur Aufrollung der europäisch-amerikanischen wirtschaftlichen Gegensätze, insbesondere in der internationalen Schuldenfrage. Sowohl die deutsche als auch die englische Delegation werden die Auffassung vertreten, dass der Druck der internationalen Schuldenlasten wesentlich zur Verschärfung der Krise beiträgt. Diese Auffassung kommt am stärksten in dem bereits veröffentlichten Referat von Dr. Dernburg über "das Preisniveau und seine Ursachen" zum Ausdruck. In diesem werden die Schwierigkeiten der Schuldentilgung, die bei den Schuldenländern - sowohl den Rohstoff- wie den Industrieländern - angesichts der Krise und der Senkung des Preisniveaus auftraten, hervorgehoben und die nachteiligen Rückwirkungen für den Aussenhandel, der Zwang der Rohstoffländer zum Export um jeden Preis und zur Einfuhrdrosselung der verschuldeten Industrieländer betont. Dernburg sieht daher die wichtigste Voraussetzung zur Behebung der internationalen Wirtschaftskrise in einer Verringerung der internationalen Verschuldung durch Herabsetzung der Nominalbeträge der politischen Schulden. Im Bericht des englischen Ausschusses der internationalen Handelskammer wird eine Reduktion der internationalen Schuldenverpflichtungen entsprechend der Goldwertveränderung verlangt und die Internationale Handelskammer aufgefordert, eine dahingehende Forderung aufzustellen.

Man wird aber wohl kaum auf diese neue Erörterung des Schulden- und Reparationsproblems übertriebene Hoffnungen setzen können. Hoover hat bereits in seiner Eröffnungsansprache erklärt, dass der amerikanische Standpunkt in der Schuldenfrage keinerlei Änderung erfahren könne und dass ohne bedeutende Zugeständnisse Europas in der Abrüstung eine Erleichterung der alliierten Kriegsschulden und der Reparationen durch Amerika nicht gewährt werden kann. Hoover hat mit grossem Nachdruck auf die ungeheure Verschwendung durch die Rüstungen hingewiesen, die jährlich mehr als 20 Milliarden Mark verschlingen. Angesichts der Verschanzung hinter der Abrüstung und der Verkoppelung der Abrüstungsfrage mit der Schuldenfrage durch die amtlichen amerikanischen Regierungsstellen wird man jedenfalls für die allernächste Zeit mit einem Einlenken Amerikas in der Schuldenfrage kaum zu rechnen haben. Immerhin wird von Interesse sein, die Diskussion, insbesondere die Haltung der amerikanischen und der

englischen Delegation zu verfolgen.

Der internationale Kapitalausgleich, die Kredithilfe für die kapitalbedürftigen Länder gehört zu den dringlichsten Aufgaben internationaler Wirtschaftspolitik. Eine entschiedene positive Stellungnahme sowie konkrete Vorschläge des internationalen Unternehmerparlaments könnte zur Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Widerstände, die heute noch dem internationalen Kapitalausgleich im Wege stehen, beitragen.

Nicht ohne Interesse wird auch die Diskussion über die Zollpolitik sein. Die englische Delegation ist hier auf eine strenge Verteidigung der Meistbegünstigung und Ablehnung der Präferenzpläne eingestellt. Scharfe Angriffe werden voraussichtlich auch gegen die amerikanische Absperrungspolitik gerichtet werden. Da ohnehin in Amerika nach den sinnlosen Zollübersteigerungen der letzten Tarifierhöhung eine gewisse Ernüchterung eingetreten ist und von manchen Seiten die aussergewöhnlich grossen Exportverluste Amerikas mit der rücksichtslosen Zollpolitik in Zusammenhang gebracht werden, wird vielleicht eine geschlossene europäische Angriffsfront gegenüber der amerikanischen Zollpolitik einen gewissen Eindruck nicht verfehlen.

Auch mit dem Arbeitslosenproblem will sich die Handelskammertagung befassen. Das Referat über die Arbeitslosigkeit in Europa erstattet Kommerzienrat Vogel, der deutsche Arbeitgebervertreter im Internationalen Arbeitsamt. Wie nicht anders zu erwarten war, finden sich hier die üblichen, schon genugsam bekannten Unternehmeräusserungen wieder. Es wird auf die "grossen Gefahren der Arbeitslosenversicherung" - bei $4\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitslosen in Deutschland und 20 Millionen in der Welt - hingewiesen. Die Forderung der Gewerkschaften nach Arbeitsstreckung wird bagatellisiert, die Forderung nach dauernder Arbeitszeitverkürzung, der 40-Stunden-Woche, wegen angeblicher Produktionskostenerhöhung abgelehnt; bleibt also als einzige positive innerwirtschaftliche Abhilfemassnahme, die der deutsche Unternehmervertreter seinen internationalen Kollegen anzuempfehlen weis: der Lohnabbau.

Damit ist der Geist gekennzeichnet, in dem sich die Diskussion über das Arbeitslosenproblem und über die innerwirtschaftlichen Massnahmen zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit auf dieser Unternehmertagung bewegen dürfte.

SPD. Die 36. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin hat im Gefrierfleischprozess die Entschädigungsforderung der Kläger abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreites haben die Kläger zu tragen. Es ist anzunehmen, dass die Kläger gegen dieses Urteil die Entscheidung der übergeordneten Instanz anrufen.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,70 bis 2,00, Rote 2 bis 2,30, Odenwälder Blaue 2,10 bis 2,50, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,90 bis 3,30 Mark. Fabrikkartoffeln $8\frac{1}{2}$ -9 Pfennige je Stärkeprozent.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 7. Mai: I. 120 Mark, II. 112 Mark, III. 98 Mark. Tendenz ruhig. (Preise unverändert.)

Beruhigt.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Mai.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Donnerstag wieder recht ruhig. Es herrschte allenthalben abwartende Haltung vor, da man über die voraussichtlichen Auswirkungen der neuen gesetzlichen Bestimmungen noch nicht klar urteilen kann. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich für beide Brotgetreidearten nur geringfügige Aenderungen nach oben. Im Handel mit effektiver Ware blieb das Angebot zwar weiter gering, aber auch die Käufer hielten sich sehr zurück. Weizen fand bei den Mühlen nur geringfügiges Interesse. Das Roggengeschäft ist fast völlig zum Erliegen gekommen, da die Mühlen auf billige Sorten hatte sehr schleppendes Geschäft. Für Hafer war die Tendenz gut stetig.

	6. Mai	7. Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	283 - 285	-
Roggen	198 - 200	194 - 196
Futter- und Industrieroggen	230 - 244	230 - 244
Hafer	194 - 198	197 - 201
Weizenmehl	34,25 - 40,00	33,75 - 39,75
Roggenmehl	27,00 - 28,75	26,75 - 28,50
Weizenkleie	14,25 - 14,50	14,25 - 14,50
Roggenkleie	14,75 - 15,00	14,75 - 15,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Mai 298 $\frac{3}{4}$ -298 Brief (Vortag 298), Juli 300 $\frac{3}{4}$ (300 $\frac{3}{4}$), September 251 $\frac{3}{4}$ -251 (251). Roggen Mai 203 $\frac{3}{4}$ -202 (203 $\frac{3}{4}$) Juli 201-200 (201), September 191 $\frac{3}{4}$ -191 (190 $\frac{1}{2}$). Hafer Mai 207 und Brief (205) Juli 211-209 $\frac{3}{4}$ Brief (209 $\frac{1}{2}$), September 183 $\frac{1}{2}$ Brief (182 $\frac{1}{4}$).		

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 8 $\frac{1}{2}$, über 60 g 8, über 53 g 7 $\frac{1}{2}$, über 48 g 6 $\frac{3}{4}$, frische Eier über 53 g 7 $\frac{1}{4}$, über 48 g 6 $\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 6. Auslandseier: Dänen 18er 8 $\frac{3}{4}$, 17er 8 $\frac{1}{4}$ -8 $\frac{3}{2}$, Estländer 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7 $\frac{1}{2}$, Holländer 68 g 9-9 $\frac{1}{4}$, 60-62 g 8 $\frac{1}{4}$ -8 $\frac{1}{2}$, Litauer grosse 7, normale 6 $\frac{1}{2}$, Rumänen 6 $\frac{1}{2}$ -6 $\frac{3}{4}$, Ungarn und Jugoslawen 6 $\frac{3}{4}$ -7. Russen normale 6 $\frac{1}{4}$ -6 $\frac{1}{2}$, kleine, Mittel-, Schmutzeier 5 $\frac{1}{2}$ -5 $\frac{3}{4}$. Witterung: Schön. Tendenz: Behauptet.

Berliner Milchpreise.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 8. bis 14. Mai: für A-Milch 16,6, für B-Milch 10,6, für tiefgekühlte Milch 17,1, für molkereimässig bearbeitete Milch 18,35 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für diese Zeit auf 105 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 35

Berlin, den 7. Mai 1931

Eugenische Gattenwahl.^x

"Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob
sich das Herz zum Herzen findet; der
Wahn ist kurz, die Reu' ist lang".

SPD. Noch länger während, noch tiefer bohrend aber kann die Reue sein, wenn man ausschliesslich der Stimme des Herzens folgt, die Stimme der Vernunft dagegen geflissentlich überhört. Denn Zuneigung allein, wie wichtig sie innerhalb einer ehelichen Gemeinschaft auch sein mag, bedeutet noch nicht, dass der tiefste Sinn der Ehe, die Aufzucht lebensfähiger und gutgearteter Kinder, damit erfüllt ist, und darauf vor allem kommt es, biologisch gedacht, an. Wenn wir eine Ehe schliessen, treten wir ein als ein Glied in die Kette der Generationen, die Vergangenheit und Zukunft miteinander verknüpft, und reichen das Erbgut, das wir selbst auf den Lebensweg mitbekommen haben, weiter an Jene, die nach uns kommen. Eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe, der man sich nur nach reiflicher Überlegung, nach genauer Prüfung des Für und Wider unterziehen sollte. Wir verkennen nicht die Bedeutung des seelischen und körperlichen Zueinanderpassens, die Bedeutung des richtigen Heiratsalters, den Wert einer ähnlichen Herkunft hinsichtlich Rasse, sozialen Milieus, Interessenrichtung u.a.m. Eugenisch aber, d.h. im Interesse der Nachkommenschaft bedeutsamer als alle jene Faktoren, ist das Vorhandensein gesunden Erbgutes. Ob wir gesundes Erbgut haben oder nicht, ist freilich für uns oft garnicht so einfach festzustellen. "Frage den Arzt", wenn Du Dich entschlossen hast, zu heiraten; befrage ihn über Deine eigenen Erbaussichten und verlange eine Ehefähigkeitsbescheinigung auch von Deiner Ehepartnerin! Tritt von der Ehe zurück, wenn sich herausstellt, dass das Mädchen deiner Wahl aus einer tuberkulös sehr belasteten Familie stammt, dass sie als Kind eine schwere Rhachitis überstanden hat, dass sie selbst oder ihre Angehörigen an epileptischen Anfällen leiden, dass Geisteskrankheit, Taubstummheit oder Blindheit mehrfach in der Familie vorgekommen sind, - immer vorausgesetzt, dass Du überhaupt auf Nachkommenschaft Wert legst!

Ganz anders freilich liegt der Fall, wenn unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Nachwuchs von vorn herein verzichtet wird. Dann braucht man natürlich auf jene "Erbübel" keinerlei Rücksicht zu nehmen, zumal da es sich dabei fast ausschliesslich um sogenannte "verdeckte" (rezessive) Eigenschaften handelt, die im individuellen Leben eines Menschen überhaupt nicht in Erscheinung zu treten brauchen. Der Nachkomme eines geisteskranken Vaters kann selber völlig gesund bleiben; nur sein Erbgut ist vergiftet, und bei einer bestimmten Zahl seiner Nachkommen wird das Erbübel der Familie wieder auftreten. Wer also selber nach dem Zeugnis des konsultierten Arztes und Eheberaters solche "verdeckte" erblichen Krankheitsanlagen mitbekommen hat, der sollte das Opfer bringen, auf Kinder bewusst zu verzichten. Darin braucht keinesfalls der Verzicht auf die Ehe überhaupt enthalten zu sein. Der Betreffende täte vielleicht sogar eine im eugenischen Sinne gute Tat, wenn er nun eine Partnerin wählte, die ebenfalls "verdeckte" Erbübel, womöglich die gleichen wie er selber in diese kinderlose Ehe mitbringen würde, damit jene Krankheitsanlagen nicht mehr weiter vererbt werden. In diesem Sinne ist auch die Verwandtenehe, vor der im allgemeinen aus Angst vor einer Verdoppelung der krankhaften Anlagen ge-

warnt wird, sehr zweckmässig, da so die krankhaften Geschlechter aussterben und das Erbgut gesunder Familien durch sie nicht weiter verdorben wird.

Der letzte überlebende Sohn Charles Darwin's, der heute selber schon über 80 Jahre alte Leonard Darwin, sagt in einem kürzlich in deutscher Uebersetzung im Verlag Alfred Metzner, Berlin, erschienenen, sehr einfach und fesselnd geschriebenen Büchlein: "Was ist Eugenik?", welche Menschen verpflichtet seien, kinderlos zu bleiben, welche dagegen das Recht oder sogar die Pflicht zu reichlicher Nachkommenschaft haben. Wir sollten uns nicht scheuen, so meint er in seiner echt englischen Art, für die Verhältnisse der menschlichen Eugenik von den Tierzüchtern zu lernen. Manche Methode der Haustierzucht sei sicherlich gar nicht so sehr zu verachten. Man werde dabei finden, "dass die Tiere alle gut untergebracht sind, dass sie das richtige Futter in der richtigen Menge erhalten, weder zu viel noch zu wenig, und dass sie sorgfältig vor Ansteckungen geschützt werden. Müssten wir nicht froh sein, wenn man das alles von den Elendsquartieren unserer Grosstädte sagen könnte?" Eine andere Lehre sei, dass es Wahnsinn ist, weitere Mengen von Vieh zu züchten, wenn die Farm ohnehin voll und keine Möglichkeit vorhanden ist, die Ueberschüsse leicht abzugeben. Am meisten aber können wir von dem Viehzüchter in der Hinsicht lernen, dass er niemals den Gedanken an die Rasse der zukünftigen Generationen ausser Acht lassen wird. Es sei an der Zeit, so mahnt der greise Forscher, auch bei den künftigen Bürgern der menschlichen Staaten diesem Gedanken Raum zu geben. Die Mittel, durch die er eine Verbesserung der menschlichen Rasse, eine Höherzüchtung des Menschengeschlechts anstrebt, sind rigoros, aber auch erfolgversprechend: rücksichtslose Verhinderung alles lebensunwerten Lebens, Sterilisierung aller asozialen Menschen, die sich einer staatlichen Ordnung nicht einzufügen vermögen. An positiven Mitteln empfiehlt er, ähnlich wie unsere deutschen Eugeniker, weitgehende staatliche Prämien und Kinderbeihilfen für alle Personen, die über gesundes Erbgut verfügen und "wohlgeborene" Nachkommenschaft erwarten lassen. Besonders empfiehlt Darwin, jene Zulagen den Ehefrauen zu überweisen, weil dadurch das Gefühl der Unabhängigkeit unter den verheirateten Frauen gesteigert werden könnte und dadurch möglicherweise manche Frau von guter Anlage veranlasst werden würde, eine Ehe einzugehen, die sonst ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu Liebe vielleicht ehe- oder zumindest kinderlos bleiben würde, - ein überaus wichtiger Gesichtspunkt, der auch bei uns höchste Beachtung verdient!

Dr. Lily Herzberg.

"Aufruhr".^X

Von Pantelejmon Romanow

SPD. Der Name der Schauspielerin Anna Reirhard hat in Arbeiterkreisen einen guten Klang. Ihre antireligiösen Tanzdarbietungen werden stets bejubelt, und letzthin hat ihre Tanzpantomime "Aufruhr" stürmischen Beifall hervorgerufen.

Ihre Eltern waren vor der Revolution reiche Gutsbesitzer gewesen. Sie wurde Schauspielerin nicht aus Liebe zu diesem Beruf, sondern einfach, um ihren Lebensunterhalt zu fristen. Das entbehrungsreiche Leben hatte sie so weit gebracht, dass sie oft wochenlang das Haus nicht verliess, um nicht Bekannten zu begegnen. Dass sie sich nie satt essen konnte, und dass sie nur ein einziges ganzes Hemd besass, das sie stets bei versperonter Türe wusch, machte ihr nicht allzu viel aus. Das Schlimmste für sie war, - dass sie ihr Zahnpulver als Puder benutzen musste.

Dann kam der Umschwung in ihrem Leben. Sie hatte wieder Wäsche, Puder und sogar Parfums. Irgendwer hatte ihr geraten, ihre schauspielerische Begabung auszunützen. Sie wusste nicht, warum ihr Spiel so gut gefiel. Sie war doch auf

der Bühne nicht anders, als im Leben: trotzig und naiv. Doch vielleicht waren es ihre grossen Kinderaugen...

Das Publikum war gespannt, wie die kleine, goldblonde Anna den Aufruhr tanzend gestalten würde, Denn "Aufruhr" hiess die neue Tanzpantomime. Brauchte man denn da nicht eine ganze Menge Menschen? Und diese Frau will alles ganz allein machen!

Der Vorhang ging auseinander. Sänger in Bauerntrachten traten auf; man tanzte und sang Volkslieder. Das Publikum lachte viel über die Scherze des Conferenciers. Dann wurde Anna Reinhard angekündigt.

Stille trat im Saal ein. Man hörte die dumpfen Klänge einer klagenden Musik. Schnell öffnete sich der Vorhang. Die Bühne stellte ein Gefängnis dar. Die Wände trostlos, ein Bündel Stroh auf dem Boden. In einer Ecke stand ein Gebetpult, mit rotem Stoff überzogen, und darauf ein hölzernes Kruzifix und eine Bibel. Aller Augen waren auf die steinerne Stiege gerichtet, die in den Kerker führte. Man sah, wie ein zarter Frauenkörper die Stiege hinunterrollte. Annas kleiner Körper lag ganz hilflos auf dem kalten Boden. Langsam hob sie den Kopf, und Kinderfurcht war in ihren grossen Augen. Ihre Augen drückten nicht jenes bühnenmässige unwirkliche Entsetzen aus, das man oft im Theater beobachten kann. Ihre Augen waren die eines Kindes, das eben einen grossen Schmerz erlitten hat, sich aber, tränenüberströmt, schon für die neu an sie herandrängenden Eindrücke interessiert. Aber die neuen Eindrücke bestanden aus einem vergitterten Fenster und einem Bündel Stroh. Sie verstand alles. Sie war lebendig begraben. Sie sprang auf, warf sich gegen die Tür, blieb an der schweren Türklinke hängen und biss sich in ohnmächtiger Verzweiflung in die Hände.

Die Leute im Zuschauerraum existierten nicht für sie. Sie ist allein, und die Tür hat sich für immer sie verschlossen. Bei all den Menschen im Zuschauerraum ist nur ein Gedanke: sich gegen die Tür zu werfen und sie zu sprengen. Keine dicke Mauer, geschweige denn diese Tür, könnte dem Anprall der vielen hundert Arbeiter im Zuschauerraum standhalten!

Plötzlich zuckt es im Antlitz der kleinen Frau auf der Bühne. Ihr Blick fällt auf das Gebetpult mit dem Kruzifix und der Bibel. Dieser rote Stoff versinnbildlicht ihr Blut, das da fliessen wird morgen oder vielleicht erst übermorgen. Ihre Augen öffnen sich weit. Dann, auf den Knien, kriecht sie zum Betpult.

Doch dann durchfährt sie ein Gedanke. Sie blickt auf das Kruzifix und auf die Bibel, als ob sie sie zum ersten Mal im Leben sähe. Sie nimmt das Kruzifix in die Hände und betrachtet es neugierig.

Im Saale hört man kaum das Atmen der vielen hundert Menschen.

Die kleine Frau auf der Bühne zuckt zusammen. Sie hat draussen ein Geräusch vernommen. Mit dem Kreuz in der Hand strebt sie der Tür zu. Schritte nähern sich. Man hört ein revolutionäres Lied. "Sieg!" ruft man draussen. Ihre Augen schauen von der Tür zum Fenster. Es ist, als hätte sie ein andres Gesicht bekommen. Freude flammt auf.

Der ganze Saal widerspiegelt unwillkürlich diese Freude.

Anna Reinhard ist gewachsen. Ihre Augen strahlen, ihr Antlitz leuchtet. Sie bricht das Kreuz entzwei, wirft die Teile auf den Boden und tritt darauf. Sie reisst das rote Tuch vom Gebetpult und geht damit, als wäre es eine Siegesfahne, der Freiheit entgegen.

Im Saale bricht ein Sturm der Begeisterung aus. Man ruft ihren Namen, man winkt ihr zu. Doch die Schauspielerin verwandelt sich wieder in eine kleine, hilflose Frau. Sie zeigt sich auf der Rampe, verbeugt sich und lächelt - irgendwie unglücklich.

Der Abend ist zu Ende. Sie wischt sich die Schminke aus dem Gesichte, schliesst ihr Köfferchen, nimmt ihre zehn Rubel in Empfang und geht nach Hause.

Sie hat ein ganzes Zimmer für sich. Drinnen steht ein grosses, altertüm-

liches Bett, und in Generalsuniformen schauen ihre Ahnen von den Wänden auf sie hernieder. Jetzt hungert sie nicht mehr. Es gibt Brot, Milch und Kaviar.

Es ist schon spät. Sie entkleidet sich und kniet vor dem grossen Kruzifix in ihrem Zimmer nieder. Inbrünstig betet sie, und lange, sehr lange liegt sie in heissem Gebet auf dem Boden. Möge ihr doch der Gekreuzigte ihre grosse Sünde verzeihen! Nur ihm ist sie treu in tiefster Seele.

Was soll sie tun, die arme, kleine Anna? Noch weiterhin Zahnpulver anstelle von Puder zu verwenden, dazu hat sie keine Kraft mehr.

(aus dem Russischen übersetzt von Fenja Posnianska
und Leo Korten).

Als Hausfrau im Urwald.^x

SPD. Es ist heute keine Seltenheit mehr, dass Frauen an Expeditionen teilnehmen und mit Mut, Unerschrockenheit und Sachkenntnis der Wissenschaft oder der Kulturforschung durch Entdeckungen aller Art wertvolle Dienste leisten. So nahmen an einer der letzten Afrika-Expeditionen drei Frauen teil, die Höhlengemälde, uralte Zeugen fernster Vergangenheit, aufspürten, kopierten und photographierten. Andere ziehen mit dem Kurbelkasten durch die Welt und halten seltene Tiere und Pflanzen, den Flug der Vögel und das Leben und Treiben fremder Volksstämme im Film fest. Etwas anders allerdings sind die Aufgaben einer Frau beschaffen, die als Kameradin und Begleiterin ihres Mannes hinauszieht in die Wildnis, um als Hausfrau im Urwald oder im Dschungel zu walten. Kein Haushaltungskursus, kein Kochbuch, keine noch so ausgeklügelte Rationalisierungsmethode gibt für einen solchen Fall Ratschläge und Vorschriften, und es gehört schon ein gewisses Mass von Selbständigkeit dazu, in diesem "Neuland der Hausfrau" etwas Wertvolles zu leisten.

Im Dschungel von Sumatra, weitab von menschlichen Wohnungen, befand sich vor nicht allzu langer Zeit ein solcher Haushalt, den eine deutsche Hausfrau verwaltete. Ernst B. Schoedsack, der Mitschöpfer des Tierfilms "Chang", arbeitete hier an einem neuen Tierepos für die Paramount, das er "Rango" taufte, und seine Frau hatte es sich nicht nehmen lassen, ihren Gatten dorthin zu begleiten und ihm eine Art "Häuslichkeit im Urwald" zu bereiten. Allerdings war dieses Heim ganz anders beschaffen als jeder, auch der allerbescheidenste deutsche Haushalt in der Heimat. Eine winzige Hütte, die zum Schutze gegen Raubtiere auf Pfählen, etwa drei Meter über dem Erdboden, errichtet wurde, diente als Wohn- und Schlafraum, als Arbeitszimmer, Vorratsraum und Küche. So wurde, abseits von aller Kultur, ein modernes Wohnproblem, nämlich der Einzimmerraum, notgedrungen auf die einfachste und praktischste Weise gelöst. Freilich wurden hier im Dschungel auch die besten und sonst erfolgreichsten Anordnungen einer tüchtigen Hausfrau durch höhere Gewalten über den Haufen geworfen. Denn was nützte es beispielsweise, wenn Frau Schoedsack ihr Heim tadellos sauber und in Ordnung hielt - und in ihrer Abwesenheit kamen ungezählte Affen zu Besuch, die mit wildem Geschrei alles durcheinanderwarfen? Oder was nützten die besten Kenntnisse von Fussbodenpflege, wenn der Regen durch das Palmlätterdach träufelte und den Fussboden bald in einen Sumpf verwandelte? Und selbst das allermodernste Kochbuch hatte eine solche Situation, eine Häuslichkeit im Dschungel, noch in keiner seiner Spalten vorgesehen, und die Anordnung "man nehme" gilt nur dann, wenn etwas zum Nehmen vorhanden ist! Denn auch die tüchtigste und erfahrene Köchin kann aus verschiedenen Bananen- und anderen Früchten- und Beerensorten, aus eigenen Konserven und Zwieback unmöglich ein Wiener Schnitzel oder ein deutsches Beefsteak zurechtmachen. Die Hausfrau im Urwald ist also schon auf ihre eigene Erfindungsgabe angewiesen, wenn sie etwas Ab-

wechslung in ihre Speisekarte bringen will. Sehr viel Rohkost und die Verarbeitung von Konserven müssen hier das Menü ausfüllen. Auch alle Gesetze der Schönheitspflege, die heute selbst die in den bescheidensten Verhältnissen lebende Hausfrau in Europa zu beachten sich bemüht, verlieren ihren Einfluss, wenn die Tropensonne glühend heiss auf das Gesicht brennt, oder wenn die Hausfrau während der Regenzeit in Schlamm und Schmutz fast versinkt. Und was nützt endlich die Erkenntnis, dass ein ruhiger, ausgiebiger Schlaf nach allen Strapazen des Tages die Falten glätten und den Teint rosig färben wird, wenn bereits um 4 Uhr in der Frühe die freundlichen Nachbarn, die Tiere des Urwaldes, in allen Nuancen, allen Tonleitern und Oktaven zu schreien, zu pfeifen, zu brüllen, zu blöken und zu kreischen beginnen?

So hat die Hausfrau im Urwald ganz andere Aufgaben zu erfüllen als ihre europäische Schwester in der Heimat, die ohne schussbereite Büchse, ohne Schutzmassnahmen gegen Mosquitos und Malaria, gegen Sonne und Tropenregen friedlich ihren Einkäufen oder ihrer Berufsarbeit nachgehen kann. Und wenn sie endlich den Dschungel wieder verlässt, weil die Arbeit vollendet, der Film abgeschlossen ist, dann mag sie mit ganz seltsamen Empfindungen ihre Tätigkeit als Hausfrau in der Heimat wieder aufnehmen. Denn jetzt erst kommt ihr zum Bewusstsein, wie gross die Erleichterungen und Verbesserungen sind, die eine aufs höchste gesteigerte Technik der Frau gebracht hat, und wie sorgenlos doch eigentlich das Leben auch der geplagtesten Hausfrau in der Heimat ist - gemessen an den Aufgaben, die eine Hausfrau im Dschungel, im Urwald, in der Wildnis zu erfüllen hat.

M.

Moderne Schmerzbetäubung.^X

SPD. Zwei grosse Entdeckungen bilden die Grundlage der modernen Chirurgie und ihrer unerhörten Leistungsmöglichkeiten. Die eine ist die Schmerzbetäubung, die andere die Asepsis, d. h. die Möglichkeit, Bakterien von der Wunde fernzuhalten und so Eiterungen zu verhindern. Was eine Operation bedeutet hat zu jener Zeit, als diese Entdeckungen noch nicht bekannt waren, lässt sich heute kaum noch vorstellen. Fast auf jede Operation folgte eine Eiterung, die, wenn es gut ablief, mindestens zu länger dauerndem Fieber und Krankenbett führte, häufig genug aber auch eine an sich harmlose Operation zum tödlichen Ausgang brachte. Selbstverständlich hat man von je her versucht, die Schmerzen bei der Operation herabzusetzen. Vor allem diente dazu der Alkohol. Die Kranken wurden vor der Operation vollständig betrunken gemacht, und die unerhörte Qual einer Operation konnte so immerhin etwas vermindert werden. Ferner bediente man sich der Betäubung durch Druck auf Nerven, indem man die Glieder, an denen operiert wurde, fest abschnürte. Auch die Kälte, die ja die Schmerzempfindung herabsetzt, hat man herangezogen. Trotz alledem war eine Operation in früheren Zeiten eine unerhörte Qual, und zahlreiche Bilder aus früheren Jahrhunderten stellen das in anschaulichster Weise dar.

Fortschritte in dieser Richtung wurden erst im 19. Jahrhundert gemacht. Ein Apotheker hat in jahrelanger Arbeit das Morphium hergestellt, das eins der wichtigsten Mittel zur Schmerzbetäubung, vor allem bei langdauerndem Schmerz, geworden ist. Es wirkt im Gehirn, wo es, ohne das Bewusstsein zu trüben, die bewusste Schmerzempfindung herabsetzt. Zur Ausführung einer Operation reicht diese Wirkung aber nicht aus. Hier hat erst die Narkose die Möglichkeiten geschaffen, die uns heute zur Verfügung stehen. Die Grundlagen für die Narkose waren eigentlich schon am Anfang des vorigen Jahrhunderts gegeben, als das Lachgas und seine merkwürdige Eigenschaft, eine kurzdauernde Betäubung hervor-

zurufen, entdeckt wurde. Sonderbarerweise ist damals die Tragweite dieser Entdeckung nicht erfasst worden. Erst 40 Jahre später wurden die ersten Narkosen mit Aether und Chloroform ausgeführt. Heute findet auch das Lachgas für kleinere Operationen wieder sehr viel Verwendung und hat gegenüber anderen Narkosen bedeutende Vorteile. Die Narkose beruht darauf, dass das Betäubungsmittel, das mit der Atemluft in die Lunge gelangt, dort ins Blut aufgenommen wird und mit diesem ins Gehirn gelangt. Dort lähmt es auf Grund seiner besonderen chemischen Eigenschaften mehr oder weniger alle Nervenzellen, sodass nicht nur die Schmerzempfindlichkeit, sondern auch die meisten anderen Funktionen des Gehirns, vor allem das Bewusstsein, aufgehoben werden und der Mensch in tiefen Schlaf verfällt. Das Besondere an dieser Wirkung gegenüber anderen Giftwirkungen beruht darin, dass das Betäubungsmittel auf dem Wege der Atmung sehr schnell und vollständig wieder aus dem Körper ausgeschieden werden kann. In kurzer Zeit gibt das Gehirn das Betäubungsmittel wieder ans Blut und dieses an die Aussenluft ab, sobald kein weiteres Narkotikum mehr von aussen zugeführt wird. Die beiden wichtigsten Betäubungsmittel für die Narkose sind Aether und Chloroform, von denen der Aether unschädlicher ist und daher das Chloroform mehr und mehr verdrängt hat.

Heute ist die Technik der Schmerzbetäubung eine ausgebaute Wissenschaft geworden, in der die örtliche Betäubung, d.h. die Betäubung nur desjenigen Körperteils, an dem operiert wird, die Narkose mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt hat, sodass heute selbst Operationen am Gehirn in Amerika in örtlicher Betäubung ausgeführt werden. Der Patient ist dabei also bei vollem Bewusstsein und unterhält sich häufig sogar während der Operation mit dem Arzte. Die örtliche Betäubung fängt den Schmerz gewissermassen schon auf seinem Wege ins Gehirn ab. Auf diesem Wege von den feinsten Aufsplitterungen des Nerven in der Haut über die grösseren Nervenstämme zum Rückenmark und von da ins Gehirn gibt es kaum eine Stelle, an der man nicht schon mit Erfolg versucht hätte, die Schmerzleitung zu unterbrechen. Schon an der Haut gelingt diese durch Aufpinselung von Cocain, das die Nervenendigungen lähmt. Ferner kann man rings um das Gebiet der Operation das ganze Gewebe mit Betäubungsmitteln durchtränken, sodass alle Nervenleitungen, die von hier fortführen, unterbrochen werden. Man kann auch die grösseren Nervenstämme weiter nach dem Rückenmark zu betäuben, kann so z.B. durch Einspritzung am Ellenbogen gewisse Teile der Hand gefühllos machen, und man kann schliesslich auch die Nerven direkt vor ihrem Eintritt ins Rückenmark oder auch noch im Rückenmark selbst betäuben, indem man das Betäubungsmittel in den Wirbelkanal einspritzt. Unterstützt werden alle diese Verfahren durch allgemeine körperliche und seelische Beruhigungsmittel, unter denen die wichtigsten das Morphium und das Scopolamin darstellen. All dies bedeutet nicht nur eine Annehmlichkeit für den Patienten, sondern auch eine Herabsetzung der Operationsgefahr, da bei völlig gewährleisteter körperlicher und seelischer Ruhe des Patienten mit viel grösserer Sicherheit als früher operiert werden kann.

SPD. Der erfinderische Seidenwurm.^X Ein italienischer Züchter von Seidenraupen teilt mit, dass ein Seidenwurm aus seiner Zucht eine höchst seltsame Erscheinung gezeigt habe. Anstatt wie gewöhnliche Seidenraupen einen cocon zu spinnen, aus dem dann die Seide hergestellt wird, hat dies erfinderische Tier wahrscheinlich beobachtet (?), was Menschen alles aus Seide anfertigen, und hat versucht, es ihnen nachzutun. Es hat nämlich - nach Angabe des Züchters - ein gelbes, fast 12 Fuss langes Band produziert. Das ist modern, denn wenn sich die Raupe zunächst mit dem Bande bewegte, so war sie in des Wortes wörtlichster Bedeutung am laufenden Bande tätig.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 7. Mai 1931.

In der Donnerstag-Sitzung des Landtags beantragt Abg. Benscheid (Komm.) die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags auf Aufhebung des von dem Berliner Polizeipräsidenten ausgesprochenen Verbots der Berliner "Roten Fahne". Das Verbot sei unter Missbrauch der Staatsmacht im Interesse der Sozialdemokratischen Partei ausgesprochen und wolle den Kampf der "Roten Fahne" gegen die Brotverteuerung verhindern.

Abg. Jürgensen (Soz) widerspricht der sofortigen Behandlung, da die Kommunisten Gelegenheit haben, ihren Antrag zum Etat der Finanzverwaltung einzubringen. Im Übrigen habe die Sozialdemokratische Fraktion im Landtag als einzige den Kampf gegen die Brotverteuerung aufgenommen, wie ihr vor einigen Tagen eingebrachter Antrag beweise.

Eine Vorlage des Hauptausschusses betreffend die Durchführung von Landgewinnungs- und Uferschutzarbeiten an der Nordsee in den Bezirken Aurich und Schleswig muss von der Tagesordnung abgesetzt werden, weil die Kommunisten sich dazu zum Wort melden. Die Vorlage sollte nach dem Vorschlag des Ältestenrates ohne Besprechung angenommen werden.

Es folgt die zweite Lesung des Polizeiverwaltungsgesetzes. In der fortgesetzten Aussprache äussert

Abg. Dr. von Kries (Dnt) Bedenken gegen die Neuordnung des Polizeirechtes. Die Vorlage sei keine Zusammenfassung aller einschlägigen Bestimmungen und enthalte Lücken.

Abg. Verhülsdonk (Z) begrüsst die Vorlage als eine wesentliche Erleichterung. Die Zahl derjenigen, die Polizeiverordnungen fabrizieren dürfen, müsse reduziert werden.

Abg. Hauff (St.P.) stimmt für seine Fraktion dem Entwurf zu.

Dann wird über den Etat des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten abgestimmt. Ein Antrag des Hauptausschusses, der schärferes Vorgehen gegen öffentliche Beschimpfungen der Religionsgemeinschaften und gegen Umzüge, die das religiöse Gefühl Andersdenkender verletzen, und, falls die gesetzlichen Bestimmungen dazu nicht ausreichen, die Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfes fordert, wird in namentlicher Abstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag, der sich gegen die Brotverteuerung wendet und dementsprechend Einflussnahme auf Reichsrat und Reichsregierung fordert, wird dem Ausschuss überwiesen. Angenommen wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten ein volksparteilicher Antrag, eine alsbaldige gesetzliche Regelung über den volkstrauertag herbeizuführen.

Die Aussprache über das Polizeiverwaltungsgesetz wird dann fortgesetzt.

Abg. Schwenk (Komm) nennt den Gesetzesentwurf einen gewaltigen Schritt zur Faschisierung des Staatsapparates. Der Polizeiwillkür werde Tür und Tor geöffnet.

Abg. von Eynern (D.V.P.) kritisiert sehr eingehend die Vorlage. Er warnt davor, die alten bewährten Bestimmungen ad acta zu legen und etwas absolut neues zu schaffen. Das alte Polizeirecht sei einfacher und klarer gewesen. Seine Fraktion wolle keine Obstruktion treiben; aber der Opposition bleibe in der Bekämpfung nicht genehmer Gesetze manchmal kein anderes Mittel übrig. Es hänge ganz davon ab, ob die Mehrheitsparteien die von der Volkspartei gestellten sachlichen Anträge annehme oder ablehne.

Abg. Haas-Köln (Soz)

stellt zunächst Ausführungen des Vorredners über den Berichterstatter der Vorlage Abg. Hamburger (Soz), richtig. Herr von Eynern habe die Regierungs-

parteien beschworen, das Gesetz nicht zu machen, weil noch alles zu sehr im Flüsse sei. Die sozialdemokratische Fraktion wolle aber im Gegenteil gerade deshalb das Gesetz, weil das alte allgemeine Landrecht längst überholt ist. Sie sei dabei der Auffassung, dass die in 15 verschiedenen Gesetzen verstreuten Bestimmungen endlich zusammengefasst werden müssen. Der Wert der Zusammenfassung werde allerdings von der Opposition bestritten.

Der kommunistische Redner habe behauptet, dass der Polizeiwille mit dem Gesetz Tür und Tor geöffnet werde. Dabei habe er aber wohlweislich verschwiegen, dass nach dem Entwurf die Polizei ausdrücklich nur nach pfllichtmässigem Ermessen und im Rahmen der bestehenden Gesetze handeln könne. Wenn der kommunistische Redner in der Vorlage eine Schwäche des heutigen Systems sehe, so hätte er sich eigentlich darüber freuen müssen. Dann wäre aber auch sein einstündiger Wortschwall dagegen überflüssig gewesen. (Sehr wahr! b.d.Soz)

In der weiter kritisierten Bestimmung, dass der Innenminister von sich aus Polizeiverordnungen erlassen kann, sehe die sozialdemokratische Fraktion einen Fortschritt und eine Vereinfachung. Dabei wäre allerdings noch darüber zu reden, ob der Landtag das Recht haben soll, gegen solche Verordnungen Einspruch zu erheben.

Die Vorlage sei zuerst im Ausschuss von allen Fraktionen, mit Ausnahme der Kommunisten, lebhaft begrüsst worden. Diese Ansicht der Rechtsparteien habe sich allerdings sehr schnell, besonders bei Herrn von Eynern, geändert. Die bereits angekündigte Obstruktion gegen die Verabschiedung des Entwurfs werde aber das Gesetz nicht zu Fall bringen können. Jedenfalls werde die sozialdemokratische Fraktion alles daransetzen, das Gesetz zustande zu bringen, weil sie in ihm einen Fortschritt sieht. (Beifall h.d.Soz.)

Abg. Hestermann (W.P.) hält das Gesetz trotz einzelner Mängel für einen wesentlichen Fortschritt.

Damit ist die allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf beendet. Ein Antrag der Deutschnationalen, die Einzelberatung der Paragraphen zu vertagen, wird vom Hause abgelehnt, nachdem Präsident Bartels darauf hingewiesen habe, dass der Arbeitsplan der nächsten Tage eine solche Vertagung nicht zulasse.

Das Haus beginnt hierauf mit der Einzelberatung. Die Besprechung der 87 Paragraphen zieht sich bis in die späten Abendstunden hin. Damit ist die zweite Lesung des Polizeiverwaltungsgesetzes erledigt. Die Abstimmungen finden am Freitag statt.

Nächste Sitzung Freitag 12.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 7. Mai (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Donnerstag ausgiebig mit der zweiten Lesung des Polizeiverwaltungsgesetzes.

Der Kommunist Schwenk wettete gegen die Sozialdemokraten, die natürlich durch die Zustimmung zu der Vorlage den Staatsapparat "faschisieren" wollen. Auch Herr von Eynern von der Volkspartei kritisierte die Vorlage in einer einstündigen Rede in Grund und Boden. Selbstverständlich sehen auch die Deutschnationalen hier wieder eine günstige Gelegenheit, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Da aber die Wirtschaftspartei für die Vorlage ist, dürfte deren Annahme gesichert sein. Für die sozialdemokratische Fraktion widerlegte Abg. Haas-Köln die von den Oppositionsparteien vorgebrachten Einwendungen. Die Sozialdemokratie sehe in der Beseitigung des wilden Durcheinanders polizeilicher Verfügungen, Bestimmungen und Verordnungen wie sie das neue Gesetz erstrebe, einen Fortschritt. Die Abstimmungen über den Gesetzentwurf werden am Freitag vorgenommen.